Freitag, 18. Februar. (Abend-Ausgabe.)

Danziger Zeitung.

№ 9592.

Die „Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Ketterhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 ℳ, durch die Post bezogen 5 ℳ. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 ₰. — Die „Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

Telegramm der Danziger Zeitung.

Dover, 13. Februar. Gestern Nachmittag fand ein Zusammenstoß zwischen dem Dampfer „Frankonia" der Hamburg-Amerikanischen Compagnie in der Fahrt nach Westindien und dem Glasgower Dampfer „Strathclyde" statt, in Folge deren der letztere unterging. 5 Passagiere desselben sind gerettet, 52 ertrunken. Die „Frankonia" ist, stark beschädigt, in Dover vor Anker gegangen.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Köln, 17. Februar. In Folge des Thauwetters haben in den letzten Tagen mehrfache Abrutschungen und Ausspülungen am Bahnkörper der Rheinischen Bahn stattgefunden, so daß die Strecke nach Aachen nicht befahren werden kann. Der Verkehr nach Belgien und weiter geht deshalb vorläufig über Gladbach-Aachen.

Wien, 17. Febr. Nach der vom Finanzminister in Aussicht genommenen Cotirungssteuer sollen, einer Mittheilung der „Neuen freien Presse" zufolge, alle in- und ausländischen Industrie-, Bank- und Eisenbahn-Unternehmungen für die Cotirung an der hiesigen Börse einen jährlichen Procentsatz vom Nominalbetrage der in Umlauf befindlichen Titres zahlen. Für Credit- und Industrie-Unternehmungen wäre 1/10, für Eisenbahn-Unternehmungen 1/20 pro Mille als Steuerhöhe festgesetzt, die ganze Steuersumme solle jedoch den Maximalbetrag von 10 000 Fl. nicht überschreiten dürfen. — Der Eisenbahnausschuß des Abgeordnetenhauses hat den Gesetzentwurf betreffend die Betheiligung der Staatsverwaltung an der Dux-Bodenbacher Eisenbahn, sowie die Vorlage betreffend die Fusionirung einiger galizischen Bahnen, von welch' letzteren jedoch die Bahn Tarnow-Leluchow ausgeschieden wurde, angenommen.

Petersburg, 17. Febr. Der auf morgen angesetzte Hofball ist abgesagt worden, da der Gesundheitszustand der Großfürstin Marie die größte Gefahr als nahe bevorstehend anzeigt.

Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung vom 17. Februar.

Vom Cultusminister ist ein Gesetzentwurf eingegangen, betr. das Aufsichtsrecht des Staates über die Vermögensverwaltung der katholischen Diöcesen. — Ohne Debatte erledigt das Haus die dritten Berathungen der Gesetzentwürfe, betr. die Anwendung der für den Verkehr auf den Kunststraßen bestehenden Vorschriften auf den Kreis Ziegenrück, sowie die Verwendung der in Folge der Abtretung der Preußischen Bank an das Reich für die Staatskasse verfügbar gewordenen Geldmittel.

Die Specialberathung des Budgets beginnt mit Etat der Domänenverwaltung. Die Einnahmen betragen 28 540 650 ℳ. (gegen 28 384 860 ℳ. des Vorjahres), die dauernden und die einmaligen Ausgaben 6 593 110 ℳ. und 1 282 915 ℳ. (gegen 6 100 000 und 1 874 850 ℳ. des Vorjahrs).

Zu Titel 3 und 4 „Ertrag von Domänen-Vorwerken und Grundstücken wünscht Abg. Kreck eine nähere Auskunft darüber, welche Resultate die Maßregel der Parzellirung und des Verkaufs von Domänengrundstücken im verflossenen Jahre gehabt hat.

Finanzminister Camphausen: Wir haben im verflossenen Jahre die Versuche, bäuerliche Wirthschaften zu begründen, in dem Regierungsbezirk Stralsund erneuert. Es ist ein solcher Versuch mit dem Domänen-Vorwerk Redebas gemacht worden. Dasselbe besteht aus 592 Hektaren, und war verpachtet zu dem Pachtzins von 24 519 Mk. Die Regierung hat nun bereits im vorigen Jahre dem Hause mitgetheilt, daß bei einer Neuverpachtung auf einen eben so hohen Pachtzins nicht entfernt zu rechnen sei: wir haben bei mehreren im Bezirk Stralsund belegenen Vorwerken das Pachtquantum bedeutend ermäßigen müssen, während wir allerdings in anderen Gegenden unseres Landes sehr hohe Mehr-Einnahmen an Pachtgeldern erzielt haben, namentlich im Regierungsbezirk Magdeburg. Die Regierung nahm an, daß statt der 24 519 Mk. an Pachtgeldern nur etwa 20 000 Mk. zu erreichen sein würden. Bei der Aufstellung des Parzellirungsplanes der genannten Domäne stellte sich mit Rücksicht auf die bedeutenden Wirthschaftsgebäude, welche diese Domäne besitzt, die Nothwendigkeit heraus, ein größeres Gut auszusondern, und alsdann den Ueberrest zu 11 Bauernstellen, 9 Kossäthenstellen und 14 Büdnerstellen einzurichten. Erst nach mehrfachen Veräußerungsversuchen ist es uns schließlich gelungen, einen Gesammtkaufpreis von 395 840 Mk. zu erzielen, dabei wurden noch zwei Kossäthenstellen zurückbehalten, die schließlich zu 375 Mk. jährlich haben verpachtet werden müssen. Wenn man dieses Kapital zu 4 pCt. anrechnet und die vom Erwerber zu zahlende Grundsteuer, von welcher der Fiscus und der Pächter frei war, in Betracht zieht und 1502 ℳ. dazu rechnet, dann stellt sich heraus, daß dem Pachtquantum von etwa 20,000 ℳ. ein Betrag von 17,710 ℳ. gegenüberstehen würde. Hierzu kommt, daß nach den Verkaufsbedingungen der Kaufpreis eine Zeit lang unverzinslich stehen bleibt und auch nach dieser Richtung hin ein Abzug von dem ermittelten Pacht- und Rentenpreis zu machen sein würde. Dieses Resultat hat uns zur weiteren Bildung bäuerlicher Stellen keine Aufmunterung gegeben, doch werden wir uns nicht einschüchtern lassen. Das Jahr 1875 war für diese Verhältnisse ungünstig und das Jahr 1876 bietet eine gleiche Besorgniß. In anderen Landestheilen sind wir zwar nicht mit Bildung bäuerlicher Stellen vorgegangen, wohl aber zur Parzellirung von Domänenvorwerken, womit wir manche günstige Resultate erzielt haben. Im Regierungsbezirk Kassel ist z. B. ein 85 Hektare großes Vorwerk veräußert worden, welches einen Pachtertrag von 1853 ℳ. brachte. Davon sind 36 Hektare für Zwecke der Forstverwaltung bestimmt worden, die übrigen 48 Hektare haben zu 48 Parzellen vertheilt einen Kaufpreis von 65 062 ℳ. gebracht, also ein finanziell äußerst vortheilhaftes Geschäft. Bei anderen Complexen hat die Veräußerung im Ganzen nach Abtrennung von Ländereien für die Forstverwaltung vorgezogen werden müssen. Auf die Veräußerung kleinerer Grundstücke in der Nähe von Städten oder wo sich das Bedürfniß nach Erwerb von kleinen Besitzungen, welche den Besitzer nicht vollständig nähren und ihn zu einem Nebenerwerb zwingen, herausgebildet hat, hat die Agrarcommission und die Majorität des Hauses den Hauptaccent gelegt. Die Regierung macht Tag für Tag die Erfahrung, daß nach dieser Richtung hin Wohlthaten zu verbreiten und günstige finanzielle Resultate zu erzielen sind. Wir haben 1870 an Domänengrundstücken 2437 Hektare, an Forstgrundstücken 141 Hektare veräußert und dafür einen Kaufpreis von 985,420 Thlr. erlangt. 1871, wo der Krieg fortdauerte, hat die Veräußerung etwas nachgelassen und sich erstreckt auf 1704 Hektare an Domänengrundstücken, 310 Hektare an Forstgrundstücken. 1872 ist sie dagegen gestiegen auf 3661 Hektare Domänen — und auf 610 Hektare an Forstgrundstücken. 1873 stieg sie auf 4133 Hektare Domänen- und 1923 Hektare Forstgrundstücke. 1874 erstreckte sie sich auf 3928 Hektare Domänen- und 900 Hektare an Forstgrundstücken. In diesen fünf Jahren sind also 15,858 Hektare Domänen- und 3884 Hektare Forstgrundstücke, zusammen 19,742 Hektare für einen Preis von 30,767,000 M. verkauft worden. (Hört! Hört!) Hierbei fällt noch stark ins Gewicht, was die Forstverwaltung alljährlich zur Ablösung von Forstservituten abtritt. 1870 sind zu diesem Zweck verwendet worden 2249 Hektare, 1871: 2294 Hektare, 1872: 2410 Hektare, 1873: 1934, 1874: 1077 Hektare; in diesen fünf Jahren zusammengenommen 9964 Hektare. Wenn Sie diese Zahl mit der vorhin angeführten zusammenstellen, so kommen Sie dazu, daß theils durch Veräußerung, theils durch Abfindung in den 5 Jahren bis Ende 1874 in Privatbesitz übergegangen sind 29 706 Hektaren; das ist eine Fläche von mehr als 5 Quadratmeilen, und ich glaube, daß dieses Land in Zukunft besser bebaut werden wird von den Acquirenten desselben, und daß damit der eigentliche Weg beschritten ist, den wir zu beschreiten haben, um die Arbeiter-Bevölkerung bei uns seßhafter zu machen, sie mehr an das Vaterland zu ketten. (Sehr richtig.) Dieses Bild, was ich Ihnen gegeben habe, schließt mit dem Jahre 1874, aber nur, weil das Resultat für 1875 noch nicht vorliegt, doch sind in diesem Jahre an kleineren Grundstücken 5420 Hektaren zum Verkauf gestellt worden. Was nun das Verhältniß zwischen den alten und neuen Landestheilen anlangt, so kommen von der angegebenen Summa 6048 Hektare an Domänengrundstücken und 2877 an Forstgrundstücken auf die alten Landestheile, und in den neuen 9810 Hektaren an Domänengrundstücken und 1007 zur Abfindung von Forstservituten. Ich glaube, diese Zahlen werden Ihnen den Nachweis führen, daß die Domänen- und Forstverwaltung unausgesetzt darauf Bedacht nimmt, denjenigen Zielen nachzustreben, die Sie in den Verhandlungen des Jahres 1874 empfohlen haben, und daß die Erfolge bei Bildung von bäuerlichen Wirthschaften, wie dies uns damals der Referent Ihrer Commission vorausgesagt hat, ohne Schuld der Regierung nicht in dem gewünschten Maße eingetreten sind. (Beifall.)

Abg. Löwe: Ich halte es für hochwichtig, daß die Regierung auf diesem Wege in der Praxis noch einen Schritt weiter gehe und nicht blos die Zahlungsbedingungen in der angegebenen Weise erleichtere, sondern in so dünnbevölkerten Gegenden wie Neuvorpommern den Leuten die erste Ansiedelung überhaupt erst möglich mache. Dies kann nur dadurch geschehen, daß das Grundstück und alles, was dazu gehört, nicht sogleich in den vollen Besitz der Käufer übergeht, sondern ähnliche erleichternde Bedingungen dem Kaufcontract zu Grunde gelegt werden, wie sie die Eisenbahn-Gesellschaften in Nordamerika zu Gunsten der Landerwerb Suchenden zum größten Vortheil der Ansiedelung und Landescolonisation zur Anwendung bringen. Und wenn der Staat auf diesem Wege den vollen Kaufpreis auch erst nach einer Reihe von Jahrzehnten erhält, so wird der Erfolg dieser Maßregel für das Land diese Verzögerung mehr als aufwiegen.

Abg. Miquel: Ich möchte auf die Methode der Colonisirung in dem früheren Staat Hannover hinweisen. Als dort im Jahre 1848 der Ruf nach Parzellirung der Domänen erscholl, verpachtete man die inmitten größerer Ortschaften gelegenen Domänen an die betreffenden Gemeinden. Diese überließen dann die einzelnen Parzellen den einzelnen Gemeindemitgliedern, ein Pachtverhältniß, das in vielen Theilen der Provinz noch heute thatsächlich besteht. In den meisten Fällen wird dies Verhältniß dahin führen, daß auf dem natürlichsten Wege die so gepachtete Parzelle zuletzt definitives Eigenthum des Pächters wird. Wählt man diese natürliche Uebergangsmethode nicht und geht künstlich direct mit der Bildung von bäuerlichen Grundstücken durch Verkauf parcellirter Domänen vor, so ist sehr zu fürchten, daß dieser neu geschaffene kleine Grundbesitz sehr bald wieder verschwindet, indem er von dem benachbarten Großgrundbesitz nach und nach aufgesaugt wird. (Sehr richtig! rechts.) Was die Kauferleichterung betrifft, so ist vor Allem darauf zu achten, daß man die Käufer nicht zwingt, die Gebäude und alle Culturmittel selbst herzustellen und anzuschaffen, wodurch sie von vorneherein mit Schulden überlastet werden, sondern daß die Regierung ihnen entweder die nothwendigen Baulichkeiten herstellt oder Rentenzahlungen in solchem Maße eintreten läßt, daß die Verpflichtungen für die Eigenthümer keine zu drückenden werden.

Abg. Kallenbach: Ich bin der Meinung, daß werthvolle Domänen nicht parzellirt, sondern im Besitz des Staates verbleiben müssen und ich würde es für ein großes Unglück halten, wenn der Staat mit dieser Maßregel in großem Umfange weiter vorgehen wollte. Die Erfolge, die damit erreicht werden sollen, mögen aus wohlwollender Intention hervorgehen, sie scheinen aber höchst problematischer Natur zu sein. Der einzige Weg, der wirklich Vortheil verspricht, wird immer die Verpachtung der parzellirten Domänen bleiben.

Die betreffenden Positionen werden genehmigt. — Beim Tit. 5: „Ertrag von Mineralbrunnen und Badeanstalten," beklagt sich Abg. Petri über einen Lieferungsvertrag, den der Fiscus als Inhaber der Bäder in Wiesbaden mit Krugfabrikanten abgeschlossen habe, und der den einen der beiden Contrahenten völlig auf Gnade und Ungnade in die Hände des andern liefere. — Finanzminister Camphausen: Der angeführte Vertrag findet meine Billigung ebenfalls nicht und es sind schon Schritte gethan, um eine Aenderung eintreten zu lassen. (Beifall.) — Abg. Schröder (Lippstadt): Ich kann der Auffassung, daß mit einem derartigen Vertrage der Willkür Thür und Thor geöffnet werde, nur zustimmen. Daß aber öffentliche Organe für Angelegenheiten rein privatrechtlicher Natur vom Staate in Anspruch genommen werden, passirt nicht allein bei Kruglieferungen an den Fiscus, sondern besteht seit Anfang des Culturkampfes bei allen Veräußerungen von Besitztiteln auf Eigenthum von Klöstern u. s. w., wobei erst durch den Gendarmen der Besitztitel verschoben und dann der ordentliche Gerichtsweg beschritten wird. (Lachen links.) Ich will hier nicht auf die Einrichtung der Bäder im Allgemeinen eingehen, sondern nur von Schlangenbad reden, das ich im letzten Herbst zur Stärkung meiner Nerven besuchte. (Heiterkeit.) Bekanntlich beträgt die Steuer für die Benutzung der Säle, Anhören der Musik, für die Spaziergänge in den Anlagen und Gebrauch des Lesecabinets pro Person 12 ℳ. Wie männiglich bekannt, dient das Schlangenbad zur Stärkung der Nerven, wenn man aber das Lesecabinet betritt, so glaubt man wirklich, daß es noch zu etwas anderem da sei, nämlich zur Stärkung des Staatsgedankens (Heiterkeit) und zur Fortsetzung und Unterstützung des Culturkampfes. Wie ich das Cabinet betrat, so suchte ich natürlich zunächst nach der „Germania", fand sie aber nicht; hierauf nach der „Köln. Volksztg."; weiter nach der Duncker'schen „Volksztg.", aber auch sie waren nicht vorhanden; sogar nicht einmal die „Vossische Zeitung" war vertreten, auch nicht die „Frankfurter Zeitung". Abg. Liebknecht erzählte einmal von dem Gefängniß in Plötzensee, daß es dort noch gestattet sei, die „Vossische Zeitung" zu halten als Grenzscheide zwischen dem Guten und Bösen; im Schlangenbad ist also der Lesezwang wirklich noch größer, wie in unseren Zuchthäusern. (Große Heiterkeit.) Dazumal wurde noch die „Kreuzzeitung" gehalten, für die neulich Fürst Bismarck so große Reklame gemacht hat, und auf die ich nach seiner Erklärung, daß sie kein anständiger Mensch mehr lesen dürfe, sofort abonnirte. (Anhaltende Heiterkeit.) Ja, meine Herren, Sie werden mir doch erlauben, daß ich mir mein eigenes Lexikon über Anständigkeit mache. (Bravo! im Centrum.) Dagegen fand sich die ganze Schaar von Blättern des angekränkelten nationalen Servilismus vor. (Heiterkeit.) Sie sehen also, daß der Zweck des Bades, die Stärkung der Nerven, durchaus nicht erreicht wird, wenn man sich ärgern muß. Ein Russe oder Franzose findet jede seiner Zeitungen vor, und blickt verächtlich und mit Achselzucken auf den Deutschen, der in den Zeitungen herumsucht und keine passende finden kann. Das wissen auch die Beamten sehr gut, und auf meine Frage nach der „Kölnischen Volkszeitung" erwiderte mir der Calefactor mit diplomatisch gefaltetem Gesicht, daß bei der herrschenden Richtung jener Zeitung wohl kaum Aussicht auf das Abonnement derselben vorhanden wäre. Ich möchte also wünschen, daß in den Bädern keine so einseitige Garnirung des Lesetisches stattfände und auch ultramontane und demokratische Blätter gehalten würden, oder wenn das dem Herrn Minister im Interesse des Staates zu gefährlich erscheinen sollte, daß die Staatstaxe für Ultramontane und Demokraten aufgehoben würde. (Heiterkeit.)

Abg. Berger: Ich hatte allerdings von vornherein gefürchtet, daß wir auch in der gegenwärtigen Session uns wieder lebhaft mit dem Culturkampf zu beschäftigen haben würden, aber soweit war doch meine Befürchtung nicht gediehen, daß ich erwartete, wir würden gleich am ersten Tage der Etatsberathung und zwar bei den Mineralbrunnen lebhaft in den Culturkampf hineinkommen. Auch ich beklage es mit dem Vorredner, daß das Lesecabinet im Schlangenbad so einseitig mit Zeitungen garnirt ist, denn ich halte es für Pflicht der Badeverwaltung, hinsichtlich der Lectüre auf alle Gäste und alle Parteien die gebührende Rücksicht zu nehmen; aber dann glaube ich doch dem geehrten Vorredner versichern zu dürfen, daß in sanitätlicher Beziehung das Schlangenbad an ihm seine volle Schuldigkeit gethan zu haben scheint (Heiterkeit) denn wenn er so eben von seinen angegriffenen Nerven sprach, so meine ich, daß gerade die von ihm gehaltene Rede dem Hause die Ueberzeugung von der vollständigen Wiederherstellung seiner Nerven gegeben hat. (Große Heiterkeit.) Redner geht nun auf die Verwaltung der nassauischen Bäder über, bei denen alle im Vorjahr beklagten Uebel keinesweges abgestellt seien. Die Verwaltung gehöre eigentlich nicht in das Finanz-, sondern in das Handelsministerium, welches die Bäder in den alten Provinzen verwalte. Dann sollte man aber auch nicht diese Badeindustrie lediglich im fiskalischen Interesse ausnutzen, wie dies jetzt geschieht, wo Ems 179,000, Schlangenbad 50,000, Schwalbach 21,000 Mark abwerfen. — Der Finanzminister erklärt, er würde diese Bäder sehr gerne dem Handelsminister abtreten, aber der wünsche die ihm unterstellten Bäder selbst los zu werden. Die Verwaltung geschehe nicht im einseitigen fiskalischen Interesse, wo man dergleichen wahrnehme, möge man sich beschweren. — Der Titel wird bewilligt.

Zu Tit. 22 (Betriebskosten für die fiskalischen Bäder und Mineralbrunnen) bemerkt Abg. Frenzel, daß die für das Seebad Cranz ausgeworfene Summe von 11 100 ℳ. außerordentlich hoch erscheine. Wenn es auch nothwendig sei, für eine geeignetere Beaufsichtigung des Bades zu sorgen, so rechtfertige diese Ausgabe doch nicht die Höhe des Betrages, der wahrscheinlich zum Theil zur Befestigung des Ufers verwendet werden solle. — Abg. Frickhöfer wünscht eine Reorganisation der Verwaltung der Bäder im Sinne einer größeren Selbstständigkeit der örtlichen Verwaltung, sowie eine Verbesserung der Inspection. Falls man beabsichtige, die Badeanstalten und Mineralbrunnen einem anderen Ministerium zu unterstellen, so empfehle sich, da es sich um Kuranstalten handele, hierzu das Ressort des Cultusministers, nicht aber das des Handelsministers. Die Berathung des Etats der Domänen-Verwaltung ist hiermit beendet.

Der Etat der Forstverwaltung beziffert die Einnahmen auf 53 410 000 ℳ. (der vorige Etat auf 51 486 000 ℳ.), die fortdauernden und die einmaligen Ausgaben auf 27 989 000 ℳ., resp. 1 900 000 ℳ. (gegen 27 852 000 und 2 945 000 ℳ. im Vorjahre.) — Graf Matuscha weist auf die großen Ungleichheiten in der finanziellen Stellung der Oberförster hin, die durch die Verschiedenheit der Lebensmittelpreise in den einzelnen Landestheilen bedingt sei. — Landforstmeister Ulrici erkennt das Vorhandensein des gerügten Uebelstandes an und bemerkt, daß bereits Verhandlungen im Gange seien, um Abhilfe durch Gewährung von Stellenzulagen herbeizuführen.

Tit. 18 des Cap. 2 (Forstculturfonds 3 670 200 ℳ.) und Tit. 4 des Cap. 2 (Forstankaufsfonds 1 050 000 ℳ.) werden gemeinsam discutirt. Seitens der Commissarien des Hauses (Abgg. Bernhardt u. Gen.) ist 1) zu dem ersten Titel die Bemerkung beantragt: „Bestände können zur Verwendung für die folgenden Jahre reservirt werden. Vergl. außerdem die Bemerkung zu Cap. 4 Tit. 4 (Allgemeine Ausgaben) dieses Etats." 2) Zu Tit. 4 des Cap. 2 aber: „Bestände können zur Verwendung für die folgenden Jahre reservirt werden. Die zur Verstärkung des Forstculturfonds (Cap. 2 Tit. 18) etwa erforderlichen Beträge können aus diesem Fonds entnommen werden. — Abg. Bernhardt: Als eines der wichtigsten Culturmittel hat sich der Forstculturfonds hier stets einer großen Popularität erfreut, und ich hoffe, daß die heutige Erörterung uns die Sicherheit geben wird, daß diesem Fonds auch in Zukunft die Zuflußquellen nicht mangeln werden. Ohne solche würde es nicht möglich sein, die Aufforstung rechtzeitig zu betreiben, und die Folge davon eine stufenweise Degradation des Bodens sein. Es muß daher der Eventualität vorgebeugt werden, daß durch eine Uebertragung von Geldern des Culturfonds auf den Ankaufsfonds ersterer nicht über Gebühr geschwächt werde. Nur dies ist die Absicht unseres Antrages. — Finanzministers Camphausen hat gegen den Antrag nichts einzuwenden. — Abg. Graf Bethusy-Huc spricht die Erwartung aus, daß die durch Veräußerung von Forstparzellen gewonnene Einnahme wieder der Forstcultur zu Gute kommen möchte. — Abg. v. Benda will den Antrag der Commissarien nicht so verstanden wissen, daß nunmehr die Aufforstung der angekauften Parzellen aus den Mitteln des Ankaufsfonds unterbleiben solle. Wenn die Regierung diese Bestimmung des Fonds nicht ausdrücklich ausspreche, so geschehe dies wohl nur, um der Mühe überhoben zu sein, der Ober-Rechnungskammer zwei Culturrechnungen vorzulegen. — Abg. Bernhardt bestätigt dies. — Die beiden Titel werden bewilligt und die Anträge der Commissarien angenommen. Die übrigen Titel des Forstetats veranlassen keine Discussion.

Es folgt der Etat der Verwaltung der directen Steuern. Eine längere Debatte veranlaßt die Einnahme aus der klassificirten Einkommensteuer (Titel 3: 29 347 000 ℳ.) und aus der Klassensteuer (Titel 4: 41 505 000 ℳ.). — Abg. Duncker macht auf einen Irrthum aufmerksam, der sich bei der Beurtheilung der Nachweisung für 1875 in der Presse eingestellt. Man ist niedergeschlagen gewesen, daß die Zahl der Einkommenpflichtigen nur 150 496 Personen beträgt. Man hat dabei übersehen, daß in dieser Zahl nur die Familienhäupter eingeschlossen sind, während die Gesammtzahl der Einkommensteuer zahlenden Personen 550 775 beträgt. Geradezu entsetzt ist man darüber gewesen, daß die Zahl der von der Klassensteuer des geringen Einkommens wegen befreiten Personen 6 045 619 ausmacht. Man hat nämlich angenommen, daß darunter die Haushaltungsvorstände begriffen sind, so daß man, um die Gesammtzahl der steuerfreien Personen incl. Frauen und Kinder zu erhalten, diese Ziffer mit 5 oder 6 multipliciren müsse, wodurch man allerdings eine Zahl erhalten hat, welche die ganze Bevölkerungsziffer Preußen's übertrifft. Der Vorsteher des statistischen Bureaus, Geheimrath Engel, hat zwar das Verdienst, die Absurdität dieser Berechnung nachgewiesen zu haben; er verfällt aber selbst in einen nicht minder verhängnißvollen Irrthum, wenn er zu dem Schlusse gelangt, die vorjährige Behauptung des Abgeordneten v. Kardorff, daß die 6 045 619 sämmtliche steuerfreie Personen seien, ebenfalls für irrig erklärt und behauptet, man müsse diese Zahl mit 2,98 multipliziren, um die richtige Ziffer zu erhalten. Ich kann nur hier wiederholen, daß die Zahl der sämmtlichen von der Klassensteuer befreiten Personen nur 6 045 619 beträgt. — Der Finanzminister bestätigt diese Angaben, die bereits in einem Artikel des „Reichsanzeigers" richtig gestellt sind. Er erkennt an, daß es wünschenswerth sei, die besteuerten Haushaltungen von den Einzelbesteuerten zu trennen und hat auch die Trennung bereits angeordnet. — Abg. v. Kardorff: Der Grund, der mich bestimmt hat das Wort zu nehmen, ist die bei der diesjährigen Einschätzung geübte ungewöhnliche Anspannung der Steuerschraube, welche auf einer generellen Verfügung des Ministeriums zu beruhen scheint. In Folge dieser Anspannung ist ein großer Theil der früher von der Klassensteuer befreiten Arbeiter gegenwärtig wieder zu der untersten Stufe derselben herangezogen, so daß die Tendenz des Gesetzes von 1873, eine Erleichterung für die unteren Volksklassen herbeizuführen, durchaus illusorisch wird. Andererseits macht sich das Bestreben der Regierungen geltend, eine möglichst große Zahl von Censiten aus der obersten Klassensteuerstufe in die Einkommensteuer zu versetzen. Ich weiß, daß den Landräthen in dieser Beziehung nicht blos eine allgemeine Weisung zugegangen, sondern daß ihnen sogar eine Reihe bestimmter Personen namhaft gemacht worden ist, auf deren Versetzung in die Einkommensteuer sie hindrängen, eventuell sofort Berufung einlegen sollten. Der dem Gesetze zu Grunde liegende Gedanke der Contingentirung der Klassensteuer wird durch ein solches Hinüberdrängen der Censiten in die Einkommensteuer vollständig durchbrochen. Die Folge dieser rigorosen Einschätzung sind massenhafte Reclamationen, die das von mir Gesagte bestätigen. Mir scheint, daß die Regierung besser thäte, auf die Lage des Landes einige Rücksicht zu nehmen und nicht auch in solchen Gegenden, die, wie die Provinz Schlesien im letzten Jahre, durch eine Mißernte heimgesucht worden sind, eine so weit gehende Fiscalität an den Tag zu legen. Nach meiner Ansicht bedarf unser ganzes Steuersystem einer gründlichen Reform. Die directen Steuern sollte man möglichst den Communen überlassen, um diese in den Stand zu setzen, ihre Zwecke, die von Jahr zu Jahr höhere Anforderungen stellen, zu erfüllen. Für die Zwecke des Staates möge man die indirecten Steuern reserviren und diese so weit erhöhen, daß ihr Ertrag dem genannten Zwecke zu entsprechen vermag. — Geh. Oberfinanzrath Rhode: Eine Weisung in dem von dem Vorredner angegebenen Sinne ist von Seiten des Ministeriums den Regierungen zu keiner Zeit gegeben worden. Die Zahl der aus der Klassensteuer in die Einkommensteuer versetzten Personen betrug 1874 gegen 1873: 12 360, 1875 gegen 1874: nur 9781 Personen; schon

diese Zahlen beweisen, daß die Klagen über das Hinüberdrängen aus der einen in die andere Steuer der Begründung entbehren. Die Klage, daß die auf die Erleichterung der unteren Volksklassen gerichtete Tendenz des Gesetzes nicht berücksichtigt werde, entbehrt der Begründung. Die Zahl der zur Klassensteuer herangezogenen Personen hat sich im letzten Jahre um 488 275 vermehrt, ohne daß eine Erhöhung des Steuerertrages eingetreten. Ueberdies darf man die Regierung allein für etwaige Uebelstände nicht verantwortlich machen; sie selbst ist abhängig von dem Maß an Fähigkeit und Bereitwilligkeit, das sie bei den localen Behörden findet. — Abg. v. Kardorff bezweifelt nicht, daß eine spezielle Weisung auf Versetzung möglichst zahlreicher Censiten aus der Klassen in die Einkommensteuer von dem Ministerium nicht erlassen sei, dagegen glaubt er an der Ueberzeugung festhalten zu müssen, daß man eine Verfügung in dem Sinne erlassen habe, daß die Einschätzung möglichst hohe Erträge liefern sollte Einen Beweis hier für liefere der Umstand, daß man an die Einkommen aus dem Grund und Boden durchweg einen höheren Maßstab angelegt habe als in früheren Jahren. — Geh. Oberfinanzrath Rhode bestreitet auch dies, indem er wiederholt betont, daß eine andere Weisung als die Einschätzung nach dem Geiste des Gesetzes vorzunehmen, niemals von dem Ministerium ergangen sei. — Abg. Wisselinck regt den Gedanken an, ob es sich nicht empfehle, die Contingentirung der Klassensteuer auf die Gemeinden auszudehnen; man werde dadurch großen Theil der jetzt zu Beschwerden Veranlassung gebenden Uebelstände beseitigen. Bei der Veranlagung zur Einkommensteuer sei es besonders zu rügen, daß von Seiten der Landräthe gewisser Kreise, die hierin dem Befehle der Regierungen folgten, die Regel durchgeführt werde, daß die Einschätzung das 1¾fache des Grundsteuerreinertrages erreichen müsse, widrigenfalls ohne weitere Rücksichten Berufung eingelegt werde. Die Einführung eines solchen stabilen Rechnungsfactors an Stelle der lebendigen Mitwirkung der Einschätzungscommission, die die individuellen Verhältnisse des Grundbesitzers berücksichtigen könne, widerspreche dem Geiste des Gesetzes. Sollte jene Maßregel nicht auf einem Erlaß des Ministeriums selbst beruhen, so hoffe er, daß die Regierung baldigst Remedur eintreten lassen werde. — Geh. Oberfinanzrath Rhode erklärt, daß von der Regierung ein solcher Erlaß nicht ausgegangen sei. — Abg. Richter (Hagen): Bekanntlich schwimmt Herr von Kardorff, seitdem ihm auf einer Badereise ein Buch von Carey in die Hände gefallen ist, gegen den Strom und entwickelt für seine neu gewonnenen Ansichten den ganzen Eifer eines Neubekehrten. Bei aller Anerkennung für seine Schwimmkraft wird er mit seinem Programm — Vermehrung der indirecten Steuern — wenig Glück haben. Vermehrung der indirecten Steuern ist nur möglich entweder durch Ausbildung des Schutzzollsystems oder durch erhöhte Besteuerung der nothwendigsten Lebensmittel. Ausbildung des Schutzzollsystems mag einigen reichen Fabrikherren erwünscht sein, — in der That hat sich ja in diesen Tagen eine Anzahl reicher Fabrikherren unter die Führung des Hrn. v. Kardorff gestellt. Der Allgemeinheit ist aber nicht durch künstliche Erhöhung der Preise, sondern nur durch wohlfeile Preise gedient. Eine höhere Besteuerung nothwendiger Lebensmittel ist gleichbedeutend mit Abwälzung der Steuern von den Wohlhabenden auf die ärmere und die arbeitende Klasse; denn nur von den Massen nothwendig gebrauchte Artikel bringen etwas ein. Was die Veranlagung der Einkommensteuer betrifft, so hätte Berlin vielleicht mehr Grund zur Klage als das platte Land. Mittelpunkte der Industrie leiden augenblicklich mehr als die Landwirthschaft. Ueberhaupt kommen bei der Einkommensteuer die Herren Rittergutsbesitzer am besten fort. Wie die Ausweise über Domänenverpachtungen zeigen, erhöhen sich die Pachteinnahmen, die Grundsteuer ist contingentirt, während die auf den Städten lastende Gebäudesteuer fortgesetzt wächst. Unter allen Finanzministern sind hier von Jahr zu Jahr dieselben Klagen über Veranlagung zur Einkommensteuer laut geworden; wirksame Abhilfe ist nur möglich durch Contingentirung der Einkommensteuer. In unseren Bestrebungen nach dieser Richtung haben uns die politischen Freunde des Herrn v. Kardorff gerade am wenigsten unterstützt. — Abg. Röckerath kann den Klagen über zu scharfe Anziehung der Steuerschraube nur zustimmen. Die Einkommensteuer hat 1871 rund 5 Mill., 1872 rund 6 Mill., 1873 7 Mill. und endlich 1874 8 Mill. Thlr. beitragen, mithin ein jährlicher Zuwachs von 1 Mill. Thlr. und im Jahre 1874 bereits in einer Zeit, wo die wirthschaftliche Lage des Landes eine höchst ungünstige war. In dieser Zeit, wo der Finanz- und der Handelsminister den Satz, der eine so große Erbitterung in den arbeitenden Klassen erregte, laut in das Land hinausrief: „Mehr Arbeit, weniger Lohn", scheint also der Finanzminister das Land an den noch paradoxeren Satz gewöhnen zu wollen: Weniger Einkommen, mehr Steuern! (Heiterkeit.) — Die Fortsetzung der Debatte wird hierauf vertagt. — Persönlich bemerkt Abg. v. Kardorff: Der Abg. Richter hat gegen mich eine Bemerkung gemacht, die ich bereits vor einem halben Jahre in der „Frankfurter Zeitung" gelesen habe. Ich kann ihm nur wünschen, daß auch er einmal eine Badereise mache, damit er überhaupt nur einmal ein volkswirthschaftliches Buch liest.

Zur Geschäftsordnung erbittet sich das Wort Abg. Richter (Hagen): Der Abg. v. Denzin hat am Schluß der vorigen Sitzung angekündigt, daß er einen Antrag einbringen werde, den Bericht der Eisenbahn-Untersuchungs-Commission auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu bringen. Ich möchte die Anfrage an den Präsidenten richten, ob dieser Antrag von v. Denzin bereits gestellt ist. Auch wir wollten diesen Antrag stellen. Wir können nicht wünschen, daß diese Angelegenheit, nachdem sie zuerst durch die Verspätung des Drucks des Berichts, sodann durch die Erkrankung des Abg. Lasker so lange verzögert worden ist, nun einen neuen Aufschub erleide. Sollte der Abg. v. Denzin, wie es den Anschein hat, bei seinen näheren politischen Freunden nicht die nöthige Unterstützung für seinen Antrag finden, so erklären wir uns gern bereit, ihm hierin zu Hilfe zu kommen. — Der Präsident erklärt, daß ihm ein diesbezüglicher Antrag bis zu diesem Augenblicke noch nicht übergeben sei. — Abg. v. Denzin: Ich habe heute früh dem Präsidium einen Antrag mit meiner alleinigen Unterschrift übergeben. Ich erhielt darauf die Antwort, daß nach der Geschäftsordnung der Antrag 15 Unterschriften haben müsse. Es wird somit keine so große Verzögerung sein, wie sie der Abg. Richter zu befürchten scheint, wenn die Herren von heute noch bis morgen warten. — Nächste Sitzung Freitag.

Danzig, den 18. Februar.

Das **Abgeordnetenhaus** trat gestern in die zweite Berathung des **Budgets** ein. Der Etat der Domänenverwaltung gab Gelegenheit zu einer interessanten Erörterung der Frage der **Parzellirung von Domänengrundstücken** behufs Bildung kleiner bäuerlicher Stellen. Auf eine Anfrage des Abg. Krech gab der Finanzminister **Camphausen** einen Ueberblick über das bisher in dieser Richtung Geschehene. Danach ist seit 1870 eine Fläche von mehr als 5 Quadratmeilen dismembrirt und in Privatbesitz übergegangen. Freilich ist der finanzielle Ertrag aus dem Verkaufe für den Fiscus keineswegs ein besonders günstiger gewesen; aber der Minister erklärte, die Regierung werde sich dadurch von dem einmal betretenen Wege nicht abschrecken lassen, denn sie gehe von der Ueberzeugung aus, daß durch die Parzellirung ein wirksames Mittel gewonnen werde, die ländliche Bevölkerung wieder mehr seßhaft zu machen und damit ein eminentes Staatsinteresse zu fördern. Das Haus nahm in seiner Majorität diese Erklärung mit lebhafter Zustimmung auf. Dieselbe wurde auch durch die Abgg. Miquel und Löwe, welche ihrerseits einzelne Gesichtspunkte für das Verfahren bei der Parzellirung geltend machten und möglichst große Erleichterungen für die Käufer befürworteten, noch besonders ausgesprochen. Jedoch wird die Zweckmäßigkeit der Parzellirung der Domänen noch von manchen Seiten, auch von vielen Landwirthen, bestritten, der Abg. Kallenbach gab denn auch dieser Auffassung Ausdruck — Der Titel von den Mineralbrunnen und Bade-Anstalten gab zur nicht geringen Verwunderung und Erheiterung des Hauses dem Abg. Schröder-Lippstadt Anlaß zu einer Declamation gegen den Culturkompf. Eine längere Discussion entspann sich noch über den Etat der directen Steuern, und zwar über die Titel der klassificirten Einkommensteuer und der Klassensteuer. Hier war es besonders der vielgewandte Abg. v. Kardorff, welcher dem populärsten aller Themata, der Abneigung gegen die Steuerschraube, Ausdruck gab. Weil er dabei ein Stück seines eigenen, den schutzzöllnerischen Bedürfnissen angepaßten Finanzprogrammes zum Besten gab, so mußte er sich eine nicht sonderlich sanfte Kritik des Abg. Richter-Hagen gefallen lassen. Der Abg. Wisselinck machte den Vorschlag, einzelnen hervorgetretenen Uebelständen durch Ausdehnung der Contingentirung auf die Gemeinden abzuhelfen. Im Uebrigen wurden sämmtliche zur Berathung gestellte Positionen des Etats genehmigt.

In der mit der Vorprüfung des Etats der Eisenbahn-Verwaltung beschäftigten Gruppe ist einstimmig beschlossen worden, die Frage der **Erwerbung der preußischen Staatsbahnen** durch das Reich nicht bei Gelegenheit der Berathung des Eisenbahn-Etats im Plenum zu berühren.

Man ist natürlich sehr gespannt auf den Verlauf der Debatten über den Bericht der Eisenbahn-Untersuchungs-Commission. Die Conservativen flüstern, daß sie ein umfangreiches Material zusammengebracht haben, das Meiste soll dazu aus der großen „Tasche" des Herrn v. Diest-Daber gekommen sein, und als conservativer Lasker soll Herr v. Below-Salleske auftreten, der, wenn er den Erwartungen entspricht, zum Führer der Conservativen bestimmt sein soll, nachdem die Herren v. Maltzahn-Gültz und v. Minnigerode sich nicht als bedeutend und geschickt genug zur Führerrolle bewiesen haben. Die Conservativen erwarten sehr große Dinge von Herrn v. Below, der zu der Stelle eines parlamentarischen Führers die geeignetsten praktischen Studien gemacht hat; denn er war mehrere Jahre — russischer Offizier. Bei der „dumpfen Atmosphäre", in der noch immer gearbeitet wird, ist es erforderlich, daß endlich helles und klares Licht über die im Dunkeln schleichenden Gerüchte geworfen wird. Wir verlangen aber, daß die Helden des neuen Turnieres in der Weise Laskers vorgehen, d. h. bestimmte Thatsachen mit Namen und Zahlen vorführen, daß sie nicht mit den Dingen prahlen, die sie „in der Tasche" haben, sondern den ganzen Inhalt derselben entleeren und die volle moralische Verantwortlichkeit für ihre Mittheilungen tragen. Nur so kann die Luft vollständig gereinigt werden. Offiziös wird über den Antrag Denzin geschrieben: „Die Regierung braucht das Licht der Oeffentlichkeit nicht zu scheuen, es kann ihr vielmehr nur erwünscht sein, wenn die angedeuteten Fragen zu allseitiger Beleuchtung und Besprechung vor dem Forum der Oeffentlichkeit gelangen. Die offene und rückhaltslose Behandlung der in Rede stehenden Fragen wird jedenfalls wohltätig wirken, wenn auch vielfach bezweifelt wird, ob dabei viel Thatsächliches zutage kommen würde. Der nach manchen Anzeichen bevorstehende neue Aufschwung der gewerblichen Verhältnisse wird um so sicherer eintreten, wenn das Mißtrauen, das jetzt die Welt erfüllt, nach allen Seiten hin zerstreut wird."

Einige Blätter haben an den Antrag Denzin die Bemerkung geknüpft, daß die Liberalen in dieser Angelegenheit nicht hätten den Conservativen den Vortritt lassen sollen. Die „Nationalliberale Correspondenz" antwortet darauf: „Diese Bemerkung ist ohne Grund. In der gesammten nationalliberalen Partei war es eine abgemachte Sache, daß jener Bericht möglichst bald auf die Tagesordnung gebracht werden müsse, nur wollte man den bezüglichen Antrag dem Abg. Lasker als dem moralischen Urheber der ganzen Untersuchung überlassen, und dieser wünschte mit der Einbringung desselben noch die wenigen Tage zu warten, welche die Reichsjustizcommission zum Abschluß der ersten Lesung ihrer Vorlagen noch nöthig hatte. Da der erwähnte Bericht einer früheren Session angehört, so war selbstverständlich ein formeller Antrag erforderlich, um ihn in der gegenwärtigen Session zur Sprache zu bringen. Die liberalen Parteien, die nicht einen so ungewöhnlichen Mangel an Kenntniß der Geschäftsordnung besitzen, wie ihn der altconservative Abg. v. Denzin an den Tag gelegt hat, konnten also gar nicht auf den Einfall kommen, durch eine bloße Aufforderung an den Präsidenten die Sache anregen zu wollen. Den gedachten formellen Antrag einzubringen hatten aber der Abg. Lasker und die Nationalliberalen überhaupt erst dann Anlaß, wenn man kurze Zeit darauf in die materielle Discussion eintreten wollte. Ob es rathsam ist, mit dieser Discussion nicht so lange zu warten, bis die dringende zweite Berathung des Etats erledigt ist, mag dahin gestellt bleiben; nur war über die Nothwendigkeit der Discussion selbst, sowie darüber, das es wünschenswerth sei, dieselbe möglichst bald zu beginnen, innerhalb der nationalliberalen Partei so wenig ein Zweifel, daß man die Anfrage des Herrn v. Denzin als ein Parteimanöver lediglich mit Achselzucken aufnahm. Wäre sie mehr als ein solches Manöver gewesen, so hätte Hr. v. Denzin es wahrscheinlich der Mühe werth gefunden, Hrn. Lasker oder irgend einen andern Nationalliberalen über die auf der linken Seite des Hauses vorhandenen Absichten zu fragen. Er würde dann sofort erfahren haben, daß alle Welt mit ihm einverstanden sei. Auch der Abg. Richter-Hagen hatte bereits am Dienstag früh Namens seiner Partei dem Präsidenten den gleichen Antrag angekündigt, welchen Hr. v. Denzin am Dienstag Nachmittag in Aussicht stellte. Abgesehen von der Rücksicht auf die Geschäftslage, welche zunächst die Erledigung der zweiten Berathung des Etats erheischt, ist übrigens noch ein weiterer Grund vorhanden, welcher es räthlich macht, den Eisenbahnbericht erst in etwa 10 Tagen auf die Tagesordnung zu setzen, der Umstand nämlich, daß viele Mitglieder des Hauses den Bericht gar nicht besitzen, daß derselbe daher, falls nicht die nöthige Anzahl von Exemplaren noch vorräthig ist, nochmals wird gedruckt werden müssen."

Man ist in der Commission des Abgeordnetenhauses, welches die **Wegeordnung** beräth, allseitig bemüht, die Arbeiten schnell zu fördern, damit das Zustandekommen des Gesetzes nicht auch in dieser Session wieder in Frage gestellt wird. Wenn der Entwurf noch einmal an eine Commission gewiesen wurde, obgleich bereits ein sehr gründlicher Commissionsbericht aus dem vorigen Jahre vorliegt, so geschah dies hauptsächlich mit Rücksicht auf die Abgeordneten aus Schleswig-Holstein, auf welche Provinz das Gesetz nun auch ausgedehnt werden soll.

Die „Post" widerspricht der Behauptung, daß die **Neubildung der conservativen Partei** bereits vollständig gescheitert sei. „Gescheitert sind — schreibt das freiconservative Blatt — unseres Wissens nur die pseudoconservativen Versuche, so diejenigen der Agrarier, die den conservativen Namen mißbrauchend im social-demokratischen Stil Interessen-Politik zu treiben sich bemühten, gescheitert sind die Versuche einiger hochconservativer jüngerer Herren, welche unter der Fahne älterer Parlamentarier und früherer Parteiführer in die conservative Partei neues Leben hineinbringen wollten. Diese kleinen politischen Sonderbestrebungen waren schwächliche Versuche, die conservativen Elemente zu bethören, an sich zu ziehen und in die Zwangsjacke bestimmter Interessen zu stecken. Sie mußten scheitern, weil die Einen die alten, über Bord geworfenen und von der Geschichte gerichteten Principien durch das Ansehen gewisser politischer Persönlichkeiten wieder zu Ehren bringen wollten, während die Anderen eine aus Eigennutz entsprungene Parole zum Angelpunkte des politischen Lebens machten. Das Scheitern jener Versuche ist eine Thatsache, die sich nicht allein auf das Verstummen des Gerüchts von ihrer Existenz stützt; sie waren an sich theils ungesund, theils anachronistisch und schon deshalb unrealisirbar." Das freiconservative Organ meint ferner, die Neubildung der conservativen Partei sei noch immer im vollen Fluß begriffen. „Zum Abschluß wird sie erst gebracht werden können, wenn concrete Wahlfragen auftauchen und neue von allen conservativen Nüancen geachtete Namen als Führer auftreten. Den Zeitpunkt hierfür werden die Ereignisse bestimmen, nicht aber eine willkürlich ausgegebene Parole, noch viel weniger persönlicher Ehrgeiz und politisches Streberthum. . . . Aber wie überhaupt von „neuen Parteien" nur in dem Sinne die Rede sein kann, daß vorhandene sich spalten, auflösen und die gleichartigen Elemente zu neuen Gruppen sich vereinigen, so auch die conservative Partei, die sich später zwar aus gleichartigen Elementen zusammensetzen wird, die aber diese Elemente finden wird in anderen, bis jetzt noch äußerlich getrennten Parteien. Zugleich wird die conservative Partei alles Schablonenhafte zu vermeiden suchen und einzelnen Gruppen innerhalb derselben ihre Freiheit lassen. Diese neuen Gruppen werden zunächst wesentlich aus den alten Elementen bestehen, was nicht ausschließt, daß eine oder die andere neue bedeutende Persönlichkeit bei diesem Prozeß hervortreten wird. Sie werden naturgemäß, dem Drange der Zeit gehorchend, durch ihren Einfluß die Leitung übernehmen. Wer diese Männer und Namen der Zukunft sind, um die sich die Gruppen schaaren werden, wissen wir nicht; nur so viel steht fest, daß sich unter dem Namen der „Kreuzzeitung" ebenso wenig eine neue große conservative Fraction zusammenfinden wird, wie unter dem Namen ihres früheren Leiters, des Geheimen Regierungsrath Wagener." D. h. wohl: weder die „Kreuz-Ztg." noch die „Nordd. Allg. Ztg." wird der Sammelpunkt der neuen, großen, „unabhängigen", wahrhaft conservativen Partei der Zukunft sein, sondern die „Post". Leider sagen die beiden andern Organe von sich dasselbe und bekämpfen die conservativen Colleginnen auf das Heftigste. Das Verhältniß zwischen den einzelnen liberalen Fractionen ist wahrhaftig kein Muster des Verhältnisses der verschiedenen Glieder einer Partei zu nennen. Wenn man es aber mit dem zwischen den versprengten Heereshaufen vergleicht, von denen jeder die einzig richtige und wahrhaft conservative Partei zu sein behauptet, so ist das Verhältniß im liberalen Lager noch immer ein glänzendes zu nennen. Freilich ein schwacher Trost.

In **Frankreich** ist jetzt der **Wahlkampf** zu dem Punkte gestiegen, daß die letzten Waffen aus der Rüstkammer herbeigeschleppt werden. Der Prozeß gegen Gambetta's „Republique Francaise" ist schon auf heute anberaumt, weil eine Verurtheilung noch die Republikaner zu den übermorgen stattfindenden Wahlen einschüchtern könnte. Das ist ein „Manoeuvre de la dernière heure," wie man dort zu sagen pflegt. Auch die Person des Marschalls Mac Mahon wurde wieder in den Wahlkampf gezogen: auf Befehl Buffet's wurde nämlich in allen Gemeinden nochmals die Proclamation angeschlagen, welche der Marschall am 13. Januar vom Stapel ließ, um den Streit zwischen Buffet und Léon Say beizulegen. Buffet's einzige Bundesgenossen bleiben aber nach wie vor die Clericalen und die Bonapartisten so wie der Marschall Mac Mahon, der ihn noch immer nicht fallen lassen will. Die in der letzten Zeit von Buffet inspirirte „Patrie" schreibt: „Gleich nach dem Zusammentritt der Kammern sind wichtige Ereignisse zu erwarten. Vor den constituirenden Kammern wird die Botschaft Mac Mahon's verlesen werden und Buffet wird seine Erklärungen vom 12. März 1875 wiederholen und dafür ein Vertrauensvotum verlangen. Veränderungen im Ministerium werden in der zweiten Hälfte März unter allen Umständen erwartet. Wir müssen unsere Andeutung hierauf beschränken." Daß im Ministerium Veränderungen stattfinden werden, je nach dem Ausfall der Wahlen, weiß man, ohne daß die „Patrie" dafür nach Delphi zu gehen brauchte.

Deutschland.

N. **Berlin**, 17. Febr. In der gestrigen Sitzung der **Reichsjustizcommission** wurde zunächst über die Anträge der Abgg. Dr. Bähr und Reichensperger bezüglich der Befugnisse der Gerichte, über ihre Zuständigkeit selbst zu entscheiden, sowie bezüglich der Zulässigkeit der sog. Competenzconflictshöfe berathen. Das Ergebniß der eingehenden Debatte war die Annahme des folgenden, von dem Abg. Dr. Lasker eingebrachten und von den Abgg. Struckmann, Dr. Grimm und Herz amendirten Antraas: „Die Gerichte entscheiden allein über ihre Zuständigkeit im geordneten Verfahren. Besondere Behörden zur Entscheidung über die Zulässigkeit des Rechtsweges sind nach Maßgabe des Landesgesetzes nur zulässig, soweit es sich um das Zuständigkeitsverhältniß zwischen den ordentlichen Gerichten und den Verwaltungsbehörden oder Verwaltungsgerichten oder Militärgerichten handelt. Dabei sind jedoch folgende Grundsätze einzuhalten: Mindestens die Hälfte der Mitglieder müssen Mitglieder des Reichsgerichts oder des höchsten Landesgerichts, und wo ein solches nicht vorhanden ist, eines Oberlandesgerichts sein. In Betreff der Anstellung, Amtsdauer und der unfreiwilligen Entfernung aus dem Amte, der Gehalts- und Pensions-Verhältnisse der Mitglieder; der Besetzung der entscheidenden Collegien und des Vorsitzes in denselben, der etwaigen Bildung von Senaten und Abtheilungen, der Vertretung von Mitgliedern in Behinderungsfällen, des Geschäftsregulativs und der Geschäftsleitung finden die bezüglichen Vorschriften für das höchste Landesgericht oder das Reichsgericht entsprechende Anwendung. Die Stellen können im Nebenamte besetzt werden. Die Entscheidung erfolgt in öffentlicher Sitzung nach erfolgter Ladung und Anhörung der Parteien. Die übrigen Formen des Verfahrens sind durch Landesgesetz festzustellen. Ist ein Conflict bei Verhandlung derselben Streitsache durch die ordentlichen Gerichte von den Verwaltungsgerichten oder Verwaltungsbehörden nicht erhoben worden, so ist die rechtskräftige Entscheidung der ordentlichen Gerichte maßgebend. Die fraglichen Entscheidungen können auch auf Antrag eines Bundesstaats durch Kaiserliche Verordnung mit Genehmigung des Bundesraths dem Reichsgerichte übertragen werden." — Darauf wurde der noch übrige Theil des Entwurfs des Einführungs-Gesetzes zur Civilprozeßordnung erledigt. Ebenso gelangte der Entwurf des Einführungs-Gesetzes zur Strafprozeßordnung, soweit er nicht bereits durch frühere Beschlüsse erledigt war, mit einigen unwesentlichen Modificationen zur Annahme. Bei § 10 wurde noch auf Antrag des Abg. Dr. v. Schwarze der Zusatz beschlossen, daß die Verfolgung von Beleidigungen und Körper-Verletzungen im Wege des Civilprozesses — abgesehen von Schadenersatzklagen — nicht mehr stattfinden solle. — Hiermit ist die erste Lesung der sämmtlichen Justizgesetze — abgesehen von einer Revision der über die Rechtsanwaltschaft und die Bildung der Kammern bei den Landgerichten gefaßten und von der Redactionscommission redigirten Beschlüsse, die am nächsten Sonnabend stattfinden soll — beendigt. Die Commission faßte schließlich noch den Beschluß, am 3. April zur zweiten Lesung wieder zusammenzutreten, in der Hoffnung, daß bis dahin der Bundesrath über die Beschlüsse der ersten Lesung sich schlüssig gemacht haben würde, ertheilte aber zugleich dem Vorsitzenden die Ermächtigung, je nach den Umständen einen früheren oder späteren Zusammentritt zu veranlassen.

— Im 5. Cösliner Wahlbezirk (Kreis Neu-Stettin) ist an Stelle des verstorbenen Rittergutsbesitzers v. Arni -Heinrichsdorf der Landrath a. D. v. Busse (conservativ) mit 3653 von 3865 abgegebenen Stimmen zum Mitgliede des Reichstages gewählt worden.

* In der Gruppe zur Vorberathung des Etats des **Unterrichtsministeriums** hat der Abg. Eberty an die Staatsregierung die Anfrage gerichtet: „inwieweit die Regierung den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses vom 6. März 1875 Folge gegeben habe, welche dahin gingen: „die Etats der Domcapitel Merseburg, Naumburg und Zeitz für das Jahr 1875, insbesondere den Nachweis der Pfründeninhaber seit 1866 vorzulegen", und dahin zu wirken, daß die Präbenden des Domcapitels in Brandenburg nicht mehr an einzelne Personen verliehen, sondern die Gesammteinkünfte des Domstiftes Brandenburg zu Kirchen- und Schulzwecken überwiesen werden;" ferner: „wann die Staatsregierung gedenke, dem Abgeordnetenhause eine Vorlage zu machen, durch welche an Stelle des provisorischen Status der K. Akademie der Künste zu Berlin und des Statuts der K. akademischen Hochschule für Musik zu Berlin vom 12. Januar 1874 eine gesetzliche Organisation für Staatsanstalten herbeigeführt wird."

— Ein sehr günstiges Resultat hat die anderweite **Verpachtung** der 1875 pachtlos gewordenen **Domänen-Vorwerke** ergeben. Mit Ausnahme weniger Vorwerke in der Provinz Pommern und im Regierungsbezirk Wiesbaden, die niedriger verpachtet werden mußten, wurden durchweg bedeutend höhere Pachtsummen erzielt. Bei 58 Verpachtungen stellt sich ein Mehr von 221 629 Mk. heraus, sie waren verpachtet für 570 386 Mk. und bringen j. Z. 792 016 Mk.

— Wie man der „K. Z." von hier schreibt, ist bei der Gruppenberathung über den Etat an das Cultus-Ministerium u. A. das Ersuchen um Mittheilung der Erlasse ergangen, durch welche die Lehrer an den höheren Unterrichts-Anstalten eine Mehrbelastung an Lehrstunden zu tragen haben. Eine andere Anfrage ist an das Handelsministerium über den Ausbau der Bau-Akademie gerichtet worden, wofür der Landtag 60 000 Thlr. bewilligt hat, während 130 000 Thlr. verwendet worden sind.

— Der freiconservative Landtagsabgeordnete Landrath Tiedemann in Mettmann ist als Hilfsarbeiter in das Staatsministerium berufen.

Breslau, 17. Febr. Nach Meldung der „Breslauer Ztg." wählte gestern die katholische Gemeinde Kuhnau (Kr. Kreutzburg) den staatsfreundlichen Caplan Grünastel zum Pfarrer, die ultramontan gesinnten Mitglieder der Gemeinde enthielten sich der Wahl. (W. T.)

Dresden, 17. Februar. Der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin des Deutschen Reichs wohnten gestern Abend der Vorstellung im Hoftheater bei. Heute Vormittag besichtigten

Höchstdieselben die hiesigen Kunstsammlungen. Nachmittags wird bei dem König und der Königin Familientafel und Abends Hofball stattfinden. Die Abreise des kronprinzlichen Paares ist auf morgen Vormittag festgesetzt. (W. T.)

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 17. Februar. Wie die „N. fr. Pr." meldet, ist während der Anwesenheit der ungarischen Minister in Wien die Basis für Lösung der **Bankfrage** gefunden worden. Die österreichische Nationalbank soll die ungarische Bank in Pest begründen, welcher auch das Recht der Notenemission gewahrt sein soll. Die Nationalbank soll die Garantie für die Einlösung dieser Noten übernehmen und letztere auch an Zahlungsstatt annehmen. Die Ausführung des Planes ist weiteren Verhandlungen vorbehalten. Durch denselben würde die Einheit des Zettelwesens, statt durch ein Cartellverhältniß, durch die Einheit der Einlösestellen für die Noten gewahrt, die ungarischen Forderungen aber würden durch das freie Dispositionsrecht über eine bestimmte Notenmenge befriedigt werden. — Die „N. fr. Pr." bestätigt, daß durch die von der **Creditanstalt** mit großer Sorgfalt durchgeführte Untersuchung bei der Prager Filiale die früher angegebene Verlustziffer von 733 000 Fl. nicht alterirt wird. (W. T.)

Pest, 16. Febr. Das **Unterhaus** hat heute den Gesetzentwurf über die Inarticulirung der Verdienste **Deak's** in die Gesetzbücher des Landes, so wie über die Errichtung eines Monumentes zu Ehren Deak's im Wege der Nationalsubscription angenommen. (W. T.)

— 17. Februar. Das **Oberhaus** hat den an dasselbe gelangten Gesetzentwurf über Anerkennung der Verdienste Deak's, nachdem derselbe heute in dritter Lesung vom Unterhause genehmigt worden war, unter Beiseitesetzung der bezüglichen Bestimmungen der Geschäftsordnung, sofort berathen und einstimmig und endgiltig angenommen.

Frankreich.

⁑ **Paris**, 16. Februar. Gambetta ist gestern nach dem Lot-Departement abgereist, um in Figeac für seine dort aufgestellte Candidatur einzutreten. Es heißt, daß er von Figeac nach Castel-Sarrazin gehen wird, um dort Buffet zu bekämpfen. Buffet hat nachträglich eine Candidatur in Commercy angenommen. — Die Königin von **Hannover** ist mit einem Gefolge von 32 Personen hier angekommen. — Der Baron von **Harmand**, seit 25 Jahren englischer Consul in Cherbourg und früherer Flügeladjutant des Königs von Hannover, ist gestorben.

Spanien.

Madrid, 16. Febr. Der König ist heute Abend 10 Uhr mittelst Extrazuges nach Vittoria abgereist. — Zum **Senatspräsidenten** ist Barzanallana ernannt worden. — Nach weiteren hier eingegangenen Nachrichten haben die Regierungstruppen die Waffenfabriken der Carlisten in Eibar und Azcoytia zerstört. In Vergara haben die Carlisten Munition, Lebensmittel und Verwundete in großer Zahl zurückgelassen. (W. T.)

Italien.

Rom, 13. Febr. **Garibaldi's Rede** bei der Einweihung der beiden Denktafeln an den historischen Punkten bei Porta San Pancrazio und die damit öffentlich ausgesprochene Schwenkung in die alte Bahn hat in amtlichen Kreisen doch mehr Eindruck gemacht als angenommen wurde und jetzt glauben gemacht werden möchte. Man sieht hierbei weniger auf die Worte als auf die Thatsache: Garibaldi ist zwar alt geworden und seine geistigen Kräfte haben von der Spannkraft verloren, welche zur That treibt; allein er verfügt noch immer über eine Autorität beim Volke, zumal in Rom, die man nicht unterschätzen darf. Garibaldi erklärt die jetzige Regierung für ein Uebel, das man leider tragen müsse, aber immerhin für ein Uebel. Die Polizei hat versucht, die Verbreitung der revolutionären Fanfare des Helden durch die Beschlagnahme der Zeitungen zu hemmen, welche sie wiedergaben; aber man setzte diese Maßnahme wie gewöhnlich zu spät in's Werk, und die Rede Garibaldi's wird deshalb heute von dem Volke nicht weniger eifrig studirt und erörtert. Vielen, welche es mit der Regierung halten, ist diese neueste Kundgebung des Hrn. von Caprera peinlich, ja, sie gäben viel darum, wenn sich das nicht ereignet hätte. Der Bruch ist nun geschehen, und der Riß wird selbst dann, wenn er auf die eine oder die andere Weise wieder verkittet würde, in dem harmonischen Bilde, das sich Mancher von gewissen Parteifärbungen als friedlicher Staffage des souverainen Princips gemacht hatte, störend wirken.

Rom, 17. Febr. Wie die „Opinione" meldet, kehrt Hofrath Schwegel morgen nach Wien zurück. Außer dem österreichisch-ungarischen Gesandten bleiben noch einige österreichisch-ungarische Special-Commissarien hier zurück, um einzelne technische Studien bezüglich des **Handelsvertrages** zu vollenden und sodann mit den italienischen Delegirten den Text des Vertrags und den Tarif festzustellen. Mit Ausnahme noch einiger wichtiger Fragen, fügt die „Opinione" hinzu, sei fast über alle Punkte eine Vereinbarung erzielt. (W. T.)

England.

London, 17. Febr. Bei dem gestrigen Banket der Handelskammern hob der Staatssecretär für Indien, **Marquis of Salisbury**, hervor, England habe seine Politik auf Indien concentrirt; das Land sei entschlossen, eine Gefährdung seiner diesbezüglichen Interessen um jeden Preis fern zu halten und dieselben namentlich in Betreff der nach Indien führenden Wege nicht auf's Spiel zu setzen. Das sei der Grund, weshalb das Land dem Ankauf der Suezcanal-Actien Beifall gezollt habe. Im Laufe seiner Rede hatte der Redner sich dahin ausgesprochen, daß sich diejenigen täuschten, die etwa glaubten, daß das englische Volk, weil es hauptsächlich die Handelsinteressen pflege, vom Gefühl der Furcht beherrscht sei, oder daß es irgend welche Eingriffe in sein Recht zulassen werde. — Wie aus **Cairo** hierher gemeldet wird, wird der Generalzahlmeister **Cave** am 20. d. die Rückreise nach England antreten.

Rußland.

Petersburg, 17. Februar. Die von mehreren Blättern gebrachte Nachricht, daß der Papst in der Angelegenheit der Unirten ein Schreiben an den Kaiser gerichtet habe, ist nach Mittheilung von authentischer Seite ohne jede Begründung.

Griechenland.

Athen, 16. Febr. Der **Prozeß** gegen die früheren Minister Nikolopulos und Balassopulos hat heute begonnen. Das von der Deputirtenkammer zur Verhandlung dieses Prozesses niedergesetzte besondere Gericht hat die gegen seine Competenz erhobene Einsprache verworfen, sich für competent erklärt und das Zeugenverhör begonnen.

Amerika.

— Das **Repräsentantenhaus** hat nunmehr die Bill zur Regelung des **diplomatischen Dienstes** der Vereinigten Staaten vollkommen erledigt. Die Schmälerung der Gesandtschaftsgehälter ist bereits bekannt. Nunmehr liegen auch die Gehaltsbestimmungen für Generalconsuln und Consuln vor. Die Generalconsuln zu Berlin und Cairo beziehen 3000 Doll.; zu London, Paris, Havana und Rio de Janeiro 5000 Doll.; zu Calcutta und Shanghai 4500 Doll.; zu Melbourne und Montreal 4000 Doll.; zu Kanagawa 3500 Doll.; zu Wien, Frankfurt, Rom, Konstantinopel und Petersburg 2000 Doll; zu Liverpool 6000 Doll.; von den Consuln seien die in Deutschland residirenden erwähnt: für die zu Hamburg, Bremen, Chemnitz und Leipzig residirenden sind je 2000 Doll., für die zu Nürnberg und Mannheim 1500 Doll. angesetzt, während die amerikanischen Consuln zu München und Stuttgart nur 1000 Doll. erhalten.

Danzig, 18. Februar.

* **Traject über die Weichsel.)** [Nach dem Aushang auf dem Bahnhofe der Ostbahn.] **Culm-Terespol**: Bei Tag und Nacht mit Fuhrwerk über die Eisdecke. — **Warlubien-Graudenz**: Bei Tag und Nacht mit Fuhrwerk über die Eisdecke. — **Czerwinsk-Marienwerder**: Bei Tag und Nacht mit Fuhrwerk über die Eisdecke.

* Mit Bezug auf die in einem hiesigen Blatte gestellte Forderung, „hier, wie in Berlin und Dresden, die Droschken in den Bahnhöfen mit Blechmarken zu versehen, welche an die Reisenden durch einen Polizeibeamten ausgehändigt werden sollen", gehen uns folgende Gegenbemerkungen zu: Es existiren hier ca. 100 concessionirte Droschken, von denen aber immer eine erhebliche Anzahl wegen Mängel in dem Gefährte, Krankheit der Pferde, Fehlens des Kutscher &c. dienstuntauglich ist, so daß im Allgemeinen nur über 85 Droschken höchstens disponirt werden kann. Wenn nun eine so erhebliche Anzahl von Droschken nach den Bahnhöfen geschickt werden soll, daß die Einrichtung mit den Blechmarken nicht eine bloße Farce wird, würde ein sehr fühlbarer Mangel an Droschken in der Stadt entstehen. Schon das jetzige beschränkte Abcommandiren von Droschken nach den Bahnhöfen macht sich in dieser Hinsicht unangenehm bemerkbar. — Nach Abzug der erkrankten und auswärts stationirten resp. der Criminal-Schutzleute und Ordonnanzen bleiben höchstens 28 Schutzleute für den Stadtdienst disponibel. Von diesen ist bereits ein Schutzmann für Beaufsichtigung des öffentlichen Fuhrwesens bestimmt; die Polizei-Direction kann nun nicht noch zwei besondere Markenschutzleute abgeben, ohne die übrigen polizeilichen Zweige zu schädigen. Wie wir hören, ist die Vermehrung der Executivbeamten höheren Orts beantragt, ob aber dieselbe wird gewährt werden, ist bis jetzt noch zweifelhaft. Aber selbst bei einer Vermehrung der Schutzleute dürfte die Einführung der Marken nicht die gewünschte Wirkung haben, so lange gegen die Widersetzlichkeit vieler Droschkenkutscher nicht energischer vorgegangen werden kann, als es die jetzigen Gesetze mit ihrer Berufung auf den Rechtsweg u. s. w. möglich machen. Endlich muß bemerkt werden, daß die jetzt ausgegebenen Karten für die Bahnhofsdroschken einen dreifachen Zweck haben: a) dienen sie als Bestellung der betreffenden Droschke für den Bahnhofsdienst; b) als Legitimation für die Droschkenführer, wenn sie dieses Bahnhofsdienstes wegen andere Fahrten verweigern; c) um die Forderung der Droschken auf höheres Fahrgeld dem Fahrgaste gegenüber zu begründen, da nur die polizeilich bestellten, nicht auch die freiwillig nach dem Bahnhofe kommenden Droschken Anspruch auf das erhöhte Fahrgeld haben, welches eine Entschädigung für den Zwang und das längere Warten bei Verspätung der Züge &c. bilden soll. Die Berliner Einrichtung eignet sich eben nur für ganz große Städte und ist daher in den Mittelstädten, wie Königsberg, Hannover, Bremen u. s. w. aus oben angedeuteten Gründen mit vollster Ueberlegung nicht eingeführt.

* Vom 1. März 1876 ab beträgt die Gebühr für Telegramme im gesammten Reichs-Telegraphengebiet ohne Rücksicht auf die Entfernung: eine Grundtaxe von zwanzig Pfennig für jedes Telegramm, und eine Worttaxe von fünf Pfennig für jedes Wort. Dieselbe Taxe tritt zu dem gleichen Zeitpunkt für den Verkehr mit Bayern, Württemberg und Luxemburg in Kraft.

— Ein Landwirth, welcher das von ihm gezogene Vieh schlachtet und im Ganzen oder in zerlegtem Zustande verkauft, betreibt nach einem Erkenntniß des Ober-Tribunals vom 19. Januar d. J. das Schlächtergewerbe und hat dieses Gewerbe zur Gewerbesteuer anzumelden.

* Die Hauptverwaltung des Centralvereins westpreußischer Landwirthe ladet zu den diesjährigen ordentlichen Sitzungen des Verwaltungsrathes und der Generalversammlung am 10., bez. 11. März nach Danzig (Gewerbehaus) ein. Auf der Tagesordnung des Verwaltungsraths-Sitzung stehen außer den Kassen-Angelegenheiten (1. bis 3.) folgende Punkte: „4. Mittheilung der Prämiirungspläne für Rindvieh- und Pferdezuchtmaterial, wie sie in der Conferenz der in vergangener Verwaltungsrathssitzung gewählten Commission aufgestellt sind. — Wahl der vom Centralvereine für die betreffenden Schauen zu designirenden Preisrichter. 5. Berichterstattung über das Vorgehen der Hauptverwaltung in Sachen der für Westpreußen angestrebten landwirthschaftlichen Versuchsstation und Mittheilung einer darauf bezüglichen Verfügung des Herrn Ministers für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten. Der Verwaltungsrath wird sich darüber schlüssig zu machen haben, ob und in welcher Weise der Centralverein die erforderlichen Mittel aufzubringen hat, bez. ob er eine gewisse Garantie übernehmen soll. 6. Würde das im Interesse eines geordneten Schulunterrichts erwünschte Verbot des Haltens von sogenannten Hütekindern der Landwirthschaft ernste Verlegenheiten bereiten? 7. Erledigung der Molkerei-Instructorfrage. 8. Berathung über folgende Anträge des Vereins Rosenberg: a) Empfehlen sich gemeinsame Maßnahmen gegen unreelle Händler? b) Schließt die für den Regierungsbezirk Marienwerder erlassene Polizei-Verordnung, daß trichinös befundenes Schweinefleisch vernichtet werde, eine zu weit gehende Schädigung, namentlich für die Arbeiterklasse, in sich? c) Empfiehlt es sich, darauf hinzuwirken, daß in dem künftigen Unterrichtsgesetze der Unterricht in Landschulen auf die Vormittagsstunden von 7 bis 12 Uhr im Sommer und von 8 bis 1 Uhr im Winter mit Ausschluß jeden Nachmittags-Unterrichts gelegt wird? d) Soll der Centralverein Schritte zur Beseitigung der die Landwirthschaft schädigenden Eisenbahn-Differenzial-Tarife thun? 9. Ist es begründet, daß die Reichsbank den Landwirthen einen beschränkteren Personal-Credit als anderen Gewerbtreibenden gewährt und ist bei dem Herrn Handelsminister dagegen Abhilfe zu erbitten? Antrag des Vereins Culmsee. 10. Bedingt die Polizei-Verordnung der K. Regierung zu Danzig — daß das Anbieten und Miethen von Gesinde und Arbeitern auf Plätzen, Straßen und in öffentlichen Localen bei Geldstrafe für den Miether wie für den Vermiethenden verboten ist — eine Schädigung der Landwirthschaft? Antrag des Localvereins Elbing." — Am Abend des 10. März 6 Uhr treten die **Sectionen** für Volkswirthschaft, für Acker- und Wiesenbau, für Viehzucht, für landwirthschaftliche Nebengewerbe zusammen, sowohl um sich dauernd zu constituiren, als auch um die umfangreichen Fragen in Vorberathung zu nehmen, welche das Programm der General-Versammlung überweist. Die Tagesordnung der **Generalversammlung** am 11. März enthält folgende Punkte: 1. Welche Mißstände haben bei der Anwendung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 3. Aug. 1871, während seiner 4½ jährigen Geltung sich herausgestellt? Ref. Hr. v. **Auerswald**-Faulen. 2. Ist bei der Ausdehnung der Rindviehhaltung in Westpreußen vorwiegend Sommerstallfütterung oder Weidegang in das Auge zu fassen? Referent Hr. **Wisselinck**-Taschau. 3. Welchen Zweck und welche Aufgaben verfolgen die neuen Landwirthschaftsschulen? Ref. Hr. Director Dr. **Stephani**-Marienburg. 4. Welchen Gang hat das Molkereiwesen in der Provinz Preußen genommen und welche Erfolge sind in demselben zu verzeichnen? Ref. Hr. **Kempe**-Heiligenwalde. 5. Das Viehseuchengesetz vom 25. Juni 1875 und die Instruction zu seiner Ausführung. Ref. Hr. **Plehn**-Lichtenthal. 6. Werthsbestimmungen der käuflichen Futtermittel und wie ist in letzteren eine Controle der Quantität und Qualität der Nährstoffe zu erreichen? Ref. Hr. Generalsecretär Dr. **Oemler**. 7. Soll darauf hingewirkt werden, daß auf den Haupt-Fettviehmärkten die Preise für Schlachtvieh amtlich nach Lebendgewicht ermittelt und notirt werden? Ref. Hr. v. **Auerswald**-Faulen. 8. Welche künstlichen Düngemittel haben auf Wiesen eine lohnende Wirkung gezeigt?"

** (**Polizeibericht**). Am 30 Januar cr. wurden der Wittwe G. mittelst Einbruchs und Einsteigens 15 Hemden gestohlen. Gestern ist es gelungen, die Diebe und das gestohlene Gut zu ermitteln. — Gestern wurde der Schuhmacherlehrling B. arretirt, weil er seinem Lehrmeister Leder zu 2 Paar Schuhen und 75 Pf. baares Geld gestohlen hat. — Eine lederne Cigarrentasche ist vor längerer Zeit gefunden. Der unbekannte Eigenthümer kann sich im Polizei-Geschäftshause während der Dienststunden melden.

[**Berichtigung**]. In dem Leitartikel in der heutigen Morgennummer soll es Spalte 2, Zeile 19 von oben heißen: „**unzählige**" (statt „unzüchtige", wie gedruckt ist). — In dem Auszuge aus dem Protocolle des Vorsteher-Amtes der Kaufmannschaft in der heutigen Morgenzeitung muß es statt „Tagescourierzug II. (Richtung Berlin-Eydtkuhnen)" heißen „Richtung Eydtkuhnen-Berlin.

Tiegenhof, 15. Februar. Heute früh brannte das Gehöft des Hofbesitzers **Warkentin** zu Petershagen total nieder. Auch einige Stück Vieh sind verbrannt.

ꝺ **Elbing**, 17. Febr. Die von vielen Seiten gemachte Voraussetzung, daß das Project einer **Virinalbahn** zur Verbindung zwischen Elbing und Osterode schon eine bestimmte Gestalt angenommen habe, ist vorläufig noch eine irrige. Durch die bekannte Schrift Pleßner's auf den Vortheil solcher normalspurigen Secundärbahnen aufmerksam gemacht, ist in verschiedenen maßgebenden Kreisen unserer Stadt die Hoffnung entstanden, eine Bahnverbindung mit dem Hinterlande, welche eine der wichtigsten Lebensfragen für Elbing ist und stets bleiben wird, auf diesem Wege schneller und sicherer zu erreichen. Die Kosten solcher Secundärbahnen sind ungemein geringer, weil der langsame Betrieb erheblichere Steigungen nicht ängstlich zu vermeiden braucht und alle Bauten, Schranken, Uebergänge billiger, weil leichter auszuführen im Stande ist. Man will ja die Meile, allerdings ohne Hochbauten und Betriebsmittel für wenig über 100 000 Thaler herstellen können, während die gleiche Strecke einer auf Schnellbetrieb eingerichteten Hauptbahn mit allen Bauten ca. 500 000 Thlr. kostet. Da nun diese Secundärbahnen zugleich den Localdienst der Chausseen leisten können, so ist ihre Zweckmäßigkeit für unser wegarmes Land kaum noch zu beweisen. Es wäre daher sehr wünschenswerth, wenn ein erster Versuch von Verkehrsstraßen dieser Art sich der entgegenkommenden Unterstützung der Provinz zu erfreuen hätte. — Die größte musikalische That unseres Winters ist gestern durch die Aufführug von **Händel's „Alexanderfest"** vollbracht worden. Die imposante Tondichtung wurde durch eine in jeder Beziehung gediegene, in den einzelnen Chorsätzen schwungvolle und begeisterte Ausführung zu voller, großartiger Wirkung gebracht. Herr **Odenwald**, der mit seinem trefflich geschulten Kirchenchor die Provinz um eine bedeutende musikalische Schöpfung bereichert, hat sich in diesem zugleich selbst einen Apparat erzogen und gebildet, mit welchem er die größten Werke der klassischen Tonkunst sicher und correct zur Ausführung zu bringen vermag. Die eigene künstlerische Befähigung des Dirigenten, sein Eindringen in den Geist der Meister, sein Verständniß für den erhabenen Stil, seine hingebende Wärme an die Sache versteht es diesen exact arbeitenden musikalischen Körper zu beseelen und mit seinen Intentionen zu durchdringen. Eine mittelmäßige, unfertige oder gar mißlungene Aufführung hat Odenwald uns noch niemals geboten. Die gestrige leistete Hervorragendes. Eine frühere Schülerin des Dirigenten, Frau **Küster** aus Danzig unterstützte das Concert durch ihre schöne Stimme und ihr Talent. — Frau **Lang-Ratthey** hat durch Unwohlsein gehindert den für Dienstag angesetzten Beginn ihres Gastspiels auf heute verschieben müssen. Sie tritt diesmal nicht wieder wie neulich in Berliner Lokalpossen auf, sondern will nur Operettenpartien, und zwar ausschließlich Offenbach, singen. Für heute ist die Bulotte im Blaubart, für morgen die schöne Helena angesetzt.

Soldau, 16. Februar. Nachdem die Bauverwaltung der **Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn** (Danzig-Warschau, preußische Abtheilung) sich wegen Hergabe der auf dem projectirten **Grenzbahnhof Illowo** erforderlichen Localitäten mit der competenten Steuerbehörde, sowie mit der Postverwaltung geeinigt hat, sind nunmehr auch in landespolizeilicher Hinsicht die nöthigen Recognoscirungen amtlicherseits ausgeführt worden. Auf Veranlassung des Ministers für Handel und Gewerbe hatte die K. Regierung zu Königsberg am 25. Januar c. zu diesem Behufe an Ort und Stelle einen Termin anberaumt und mit der Wahrnehmung desselben den Geheimen Regierungs- und Baurath Oppermann, sowie den Regierungsrath Arnold betraut. Als Vertreter des K. Eisenbahncommissariats in Breslau fungirte der Eisenbahnbau- und Betriebsinspector Koschel. Wenn man in Betracht zieht, wie die Vorarbeiten für den preußischen Grenzbahnhof mit regem Eifer betrieben und wie auch jenseits der Grenze für die Aufführung des russischen Bahnhofs bereits große Massen von Baumaterialien: Bauhölzer, Ziegelsteine &c. herbeigeschafft worden, so scheint die im Publikum vielfach verbreitete Annahme, daß der Grenzübergangspunkt bereits definitiv beschlossene Sache sei, hinreichend motivirt. Zudem war eines Tages der Nadczelnik (Kreislandrath) aus Mlawa hier herübergekommen, und man säumte nicht, diesen Umstand mit einer endgiltigen Unterhandlung zwischen dem genannten Beamten und dem hiesigen Eisenbahnbaubureau sofort in Verbindung zu bringen. Wir bedauern daher umsomehr constatiren zu müssen, daß die Herreise des Mlawaer Nadczelnik ausschließlich die Erledigung seiner Privatangelegenheiten betroffen und mit dem Eisenbahnbau bezw. mit der Anlage des Grenzbahnhofs in keiner Beziehung gestanden hat, daß dagegen der Grenzübergangspunkt trotz der auch dort weit vorgerückten generellen Arbeiten russischerseits officiell noch nicht festgesetzt ist. Es besteht nämlich in Rußland die gesetzliche Bestimmung, daß jeder Grenzort nicht weiter als 1 Kilometer von der Grenze entfernt zu liegen kommen soll. Nun ist aber im vorliegenden Falle die Anlage des russischen Grenzbahnhofs in der Gegend von Illowo, unter Berücksichtigung der qu. Distanz, wegen fast unüberwindlicher Terrainschwierigkeiten kaum ausführbar. Es handelt sich also lediglich darum, ob die russische Behörde, abweichend von der angeführten gesetzlichen Bestimmung, sich geneigt zeigen wird, die Anlage des dortigen Grenzbahnhofs in weiterer Distanz von der Grenze, etwa bis zu 2 Kilometern, zu genehmigen. Hierdurch allein ist der Uebergang bei Illowo bedingt. (K. H. Z.)

Memel, 16. Februar. Nach einem gestern aus Amerika hier eingetroffenen Telegramm soll das hiesige Barkschiff „**Odin**", Capt. **Otto**, total verloren gegangen sein. Ueber das Schicksal der Besatzung fehlt bisher jede Nachricht.

Bromberg, 16. Febr. Der hiesige Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung den Entwurf einer **Petition** an das Abgeordnetenhaus, betreffend die Contingentirung der classificirten Einkommensteuer, die Ausstattung der Staatssteuer-Einschätzungs-Commission mit weitgehenden Befugnissen in Betreff der Ermittelung der Einkommensverhältnisse der Steuerpflichtigen, die facultative Selbsteinschätzung und die Aufhebung der Privilegien der Beamten und Militärpersonen, bezüglich ihrer Heranziehung zur Communal-Einkommensteuer, mit der Aufforderung zu Beitrittserklärung vorgelegt.

Vermischtes.

Berlin. Die **Brandentschädigung**, welche die städtische Feuersocietät an die Berliner Hotelgesellschaft als Besitzerin des **Kaiserhofes** zu zahlen hat, beläuft sich auf 533 000 ℳ.

Berlin, 17. Febr. Hr. Emil **Claar** vom Prager Landestheater und seine Frau, geb. Delia, werden vom 1. April ab die Direction des hiesigen **Residenztheaters** übernehmen. — Am Hoftheater ist Hr. **Richter** aus Breslau als Lustspiel-Liebhaber engagirt worden.

Wien. In der Zeit vom 4. März bis zum 3. Mai wird im Hofoperntheater eine **italienische Operngesellschaft** gastiren, welche aus den Damen Lucca, Ad. Patti, Mariani, Heilbron (Coloratursängerin in Paris), Cary (Altistin), den Tenoren Nicolini und Capoul, den Baritonisten Padilla und Strozzi, dem Bassist Zamett und dem Buffo Zuchini besteht. Als Capellmeister fungirt Arditi. Zur Aufführung sind bestimmt: Die Hugenotten, Lohengrin (die Lucca als Elsa!), Faust, Aida, Maskenball, Barbier, Liebestrank, Don Juan, Mignon, die Favoritin, Fra Diavolo, Troubadour, Traviata u. s. w.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, 18. Februar.

		Crs.v.17.			Crs.v.17.
Weizen			Pr. 4½ consl.	105,10	105,10
gelber			Pr. Staatsschldf.	93,20	93,20
April-Mai	193,50	194	Wstp. 3½% Pfdb.	84	84
Juni-Juli	201	202	do. 4% do.	94,60	94,60
Roggen			do. 4½% do.	101,70	101,70
April-Mai	149,50	149	Berg.-Märk.Eisb.	81	81,10
Mai-Juni	149	148,50	Lombardenfex.Cp.	201,50	199
Petroleum			Franzosen . .	508	507
pr 200 ℔			Rumänier . .	27,40	27,20
Februar	27,80	28	Rhein. Eisenbahn	115,20	115,30
Rüböl April-Mai	64	65	Oester. Creditanst.	313	313
Sptbr.-Oct.	64	64,70	Danz. Bankverein	55,20	55
Spiritus loco			Oest. Silberrente	64,60	64,60
April-Mai	46,40	46,60	Russ. Banknoten	264,45	264,30
Aug.-Sptbr.	50,50	50,70	Oest. Banknoten	176,75	176,25
Ung. Schatz-A. II.	92	91,50	Wechselcrs. Lond.	—	$20,26^{5}$

Ungar. Staats-Ostb.-Prior. E. II 65,50

Frankfurt, a. M., 17. Februar. Effecten-Societät. Creditactien 156⅛, Franzosen 253⅜, Lombarden 99½, Galizier 172½, Reichsbank —, 1860er Loose 113¾. Fest.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 18. Februar.

Weizen loco unverändert, pr Tonne von 2000 ℔

feinglasig u. weiß	130-135 ℔	215-220 ℳ Br.	
hochbunt . . .	131-134 ℔	208-215 ℳ Br.	
hellbunt . . .	127-131 ℔	205-210 ℳ Br.	188-206
bunt . . .	125-131 ℔	198-205 ℳ Br.	ℳ bez.
roth . . .	128-134 ℔	190-196 ℳ Br.	
ordinair . . .	118-128 ℔	170-190 ℳ Br.	

Regulirungspreis 126 ℔ bunt lieferbar 198 ℳ.

Auf Lieferung 126 ℔ bunt pr April-Mai 202 ℳ bez., pr Mai-Juni 205 ℳ Br., pr Juni-Juli 205 ℳ Gd.

Roggen loco matter, pr Tonne von 2000 ℔ 147 ℳ pr 120 ℔ bez.

Regulirungspreis 120 ℔ lieferbar 146 ℳ.

Auf Lieferung pr April-Mai 145 ℳ Br., pr Mai-Juni inländ. 150 ℳ Br., 148 ℳ Gd.

Gerste loco pr Tonne von 2000 ℔ kleine 102/3 ℔ 133 ℳ.

Kleesaat loco pr 200 ℔ roth 102 ℳ.

Wechsel- und Fondscourse. London, 8 Tage, 20,44 gem. 4½ pCt. Preußische Consolidirte Staats-Anleihe 104,75 Gd. 3½ pCt. Preußische Staats-Schuldscheine 92,90 Gd. 3½ pCt. Westpreußische Pfandbriefe, ritterschaftlich, 83,65 Gd., 4 pCt. do. do. 94,25 Gd., 4½ pCt. do. do. 102,10 Br., 102,10 gem. 5 pCt. Danziger Hypotheken-Pfandbriefe 100,00 Br. 5 pCt. Pommersche Hypotheken-Pfandbriefe 100,50 Br. 5 pCt. Stettiner National-Hypotheken-Pfandbriefe 101,00 Br.

Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, den 18 Februar 1876.

Getreide-Börse. Wetter: Frost bei klarer Luft. Wind: Ost.

Weizen loco in ziemlich guter Zufuhr fand heute wohl in den feineren Gattungen einige Kauflust zu gestrigen Preisen, doch war das Geschäft in den Mittelgattungen gedrückt und matt; man mußte sich dazu bequemen etwas billigere Preise als gestern zu nehmen. 300 Tonnen sind verkauft und ist bezahlt für Sommer-124, 131 ℔ 188 ℳ, 135 ℔ 190 ℳ, roth 132 ℔ 196 ℳ, grau glasig 127 8 ℔ 193, 195 ℳ, glasig 125, 126/7 ℔ 200 ℳ, hellfarbig 126/7 ℔ 201 ℳ, 129 ℔ 202, 203 ℳ, hochbunt glasig 130/1, 132, 134 ℔ 205, 206 ℳ, fein 133/4 ℔ 209 ℳ pr Tonne. Termine fest gehalten, April-Mai 202 ℳ bez., Mai-Juni 205 ℳ Br., Juni-Juli 205 ℳ Gd. Regulirungspreis 198 ℳ.

Roggen loco matter, russischer 118 ℔ 140 ℳ, inländischer 124 ℔ 151 ℳ, 127 ℔ 154 ℳ pr Tonne für 35 Tonnen bezahlt. Termine unbeachtet, April-Mai 145 ℳ Br., Mai-Juni inländischer 150 ℳ Br., 148 ℳ Gd. Regulirungspreis 145 ℳ — Gerste loco kleine 102/3 ℔ ist zu 133, 134 ℳ pr Tonne gekauft. — Lupinen loco blaue zu 100 ℳ pr Tonne verkauft. — Kleesaat loco rothe brachte 102 ℳ pr Tonne. — Spiritus loco nicht zugeführt.

Schiffs-Listen.

Neufahrwasser, 18. Febr. Wind: SO.
Nichts in Sicht.

Thorn, 17. Febr. Wasserstand: 2 Fuß 11 Zoll.
Wind: NW. Wetter: trübe.

Meteorologische Beobachtungen.

Febr.	Stunde	Barometer-Stand in Par. Linien	Thermometer im Freien.	Wind und Wetter.
17	4	332,73	— 0,3	NW., mäßig, trübe, bezogen.
18	8	335,07	— 1,8	SSO., flau, hell, wolkig.
	12	335,25	+ 0,2	SSO., mäßig, hell, wolkig

Verantwortlicher Redacteur: H. Röckner.
Druck und Verlag von A. W. Kafemann, Danzig.
Hierzu eine Beilage.

Beilage zu No. 9592 der Danziger Zeitung.

Danzig, 18. Februar 1876.

Provinzielles.

⚜ Thorn, 17. Febr. Die „Danz. Ztg." hat in ihrer No. 9587 aus der „Thorner Ztg." eine Notiz übernommen, welche die Verhandlungen des Theaterdirectors Hrn. Lang mit dem hiesigen Magistrat über Opernvorstellungen betrifft, für die Hrn. L. die Benutzung des hiesigen Stadttheaters zugesagt war. Im Anschluß und zur Vervollständigung der in der „Th. Ztg." gegebenen Mittheilung ist aber zu bemerken, daß ein großer und zwar der musikalisch gebildetste Theil des hiesigen Publikums noch jetzt trotz der guten Geschäfte, welche die zur Zeit hier weilende Posener Opern-Gesellschaft macht, mit einer Art Sehnsucht der Ankunft des Danziger Opernpersonals entgegen sieht, und Herr Director Lang würde, wenn er unsere Hoffnung nicht wieder, wie im vorigen Jahre, unerfüllt läßt, mit Sicherheit auf eben so volle Häuser rechnen können, als sich deren jetzt Director Schäfer aus Posen erfreut, zumal Herr Director Lang doch mehrere größere Compositionen zur Aufführung bringen würde, die nicht auf dem Repertoir der Posener Gesellschaft stehen. Thorn ist von jeher ein guter Theaterort gewesen, und wenn — wie freilich nicht zu leugnen — eine zeitlang mehrere Theaterunternehmer hier Einbußen erlitten, so war dies ihre eigene Schuld, und nur unangemessene Leitung die Ursache des Mißglückens. Hat doch noch im ersten Quartal 1875 der Führer einer den berechtigten Anforderungen unseres Publikums nur schwach entsprechenden Gesellschaft nicht blos seine Kosten vollständig gedeckt, sondern auch noch einen nicht geringen baaren Ueberschuß als Gewinn erzielt. Das hiesige Schauspielhaus ist allerdings nur klein, aber es kann doch, wenn stets gefüllt, eine Einnahme gewähren, die auch zur Unterhaltung einer guten Gesellschaft ausreicht. Dazu kommt, daß die Kapelle des hier garnisonirenden Regiments jetzt durch die Vorstellungen der Posener Gesellschaft auch auf die Begleitung von Opern eingeübt wird, und darin seit deren Beginn schon sehr erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Nochmals können wir den Wunsch aussprechen, daß Herr Director Lang sich nicht möge unnützen Bedenken hingeben, sondern der auch von Thornern bei gelegentlicher Anwesenheit in Danzig als sehr gut anerkannten Leistungsfähigkeit seiner Mitglieder vertrauend, herkommen, er würde den Versuch sicherlich nicht bereuen. Bestärken kann ihn in dem Entschluß dazu auch der Umstand, daß Mitglieder seines Opernpersonals hier persönlich gekannt und geschätzt sind. — Der hier von reichen Polen eingerichteten schon seit mehr als 10 Jahren bestehenden Creditanstalt, gewöhnlich die polnische Bank genannt, ist von der Reichsbank der Credit entzogen, wie man sagt, weil die bisher gewährte Hilfe großentheils zu Agitationszwecken benutzt ist, wahrscheinlich aber aus anderen Gründen, wie denn überhaupt die Reichsbank ihrer Creditgewährung engere Grenzen zieht, als es früher die preußische Bank gethan hat. — Von polnischer Seite werden übrigens wirklich sehr große Anstrengungen gemacht, um den Polonismus in unserer Stadt zu fördern, so erscheinen jetzt hier drei periodische Blätter in polnischer Sprache, außer der 6 mal wöchentlich ausgegebenen „Gaz. tor." noch 2 kleinere Wochenblätter, wobei nur fraglich ist, woher für alle diese polnischen Zeitschriften die Leser kommen sollen, da der größte Theil der polnischen Bevölkerung wenn nicht des Lesens unkundig, so wenigstens der Lectüre abhold ist. Daß der Ertrag aller polnischen Zeitschriften ihre Kosten nicht deckt, steht fest, das Mehrerforderniß muß also durch Beiträge der Vermögenden aufgebracht werden, die sich freilich auch für die Bildung des polnischen Volkes zweckmäßiger und erfolgreicher verwenden ließen. Es wird aber doch nicht gelingen, Thorn zur polnischen Stadt zu machen. — Die Einrichtung eines Wollmarktes bei uns ist, wie aus dem Bericht hervorgeht, welcher über die deswegen gepflogenen Verhandlungen in der Sitzung des landwirthschaftlichen Vereins erstattet wurde, mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten. Als Termin desselben sind der 12. und 13. Juni angenommen, hinreichenden Raum dazu, auch gedeckten, würde ohne große Umstände und Kosten der Platz des Viehmarktes bieten. — In Betreff des Erweiterungsbaues unserer Festungswerke werden zwar von Zeit zu Zeit Gerüchte verbreitet, daß er in dem bevorstehenden Frühjahr ernstlich in Angriff genommen werden solle, doch ist von den Vorbereitungen dazu — und solche wären doch nothwendig — noch nichts zu bemerken, bis jetzt ist nichts weiter geschehen, als daß ein Theil der alten Stadtmauer niedergelegt ist, aber brauchbarer Raum zu Neubauten ist dadurch noch nicht gewonnen, auch solcher noch nicht zum Verkauf gestellt.

Zuschrift an die Redaction.

Zoppot. Bald nach dem Insleben treten der Kreisordnung sah die damalige Vertretung unseres Ortes, wie diese für unsere halb städtischen, halb ländlichen Verhältnisse herzlich wenig passend sei. Nachdem dies hier allseitig anerkannt war, und auf Anregung der Regierung, welche stets ein hohes Interesse für uns an den Tag gelegt, constituirten wir uns, wählten Vertreter nach dem Drei-Klassensystem, beriethen ein Statut und reichten dasselbe dem Kreisausschuß ein, welcher dasselbe jedoch wegen eines kleinen Formfehlers nicht bestätigte. So gilt noch immer das alte Statut, wonach jeder, der 20 Thlr. Klassensteuer und mehr zahlt, Hausbesitzer ist oder einen Besitztitel hat, stimmberechtigt ist.

Diese Stimmberechtigten fanden es ebenso wie die mecklenburger Junker sehr angenehm zu regieren und opponirten, verstärkt durch einige aus kleinem Grundbesitz gewählte Vertreter, jeder auf gesunder Grundlage basirenden Constituirung gegenüber einer beinahe die Hälfte betragenden Minorität, welche auf Constituirung dringt, aber bei dem Geschäftsgange des Kreis-Ausschusses auf ihre Beschwerden bis dato keine Antwort erhalten hat. In Folge dessen setzt die Majorität der Gemeindevertretung merkwürdige Beschlüsse durch: Sie macht ein Gesetz, wonach ein Mitglied, welches ihr unbequem ist, entfernt wird. Sie wählt in die Bade-Commission an Stelle der Herren Dr. Benzler, v. Schön, Kumm, denen die Temperatur in der Vertretung wenig angenehm wurde, einen eben hergezogenen Lehrer, einen Danziger Kaufmann und einen Zimmergesellen zu Mitgliedern. Was die Verwaltung der Wasserleitung, welche 7000 Thlr. gekostet hat, betrifft, so stehen die Brunnen trocken, das nördliche Abflußrohr ist verstopft und dadurch das ganze Rohr hoch gefährdet; nahezu kein Buchstabe des Wasserstatuts wird befolgt. Die Anlage breiter Straßen wird versäumt, Anträge darauf zurückgewiesen —, dagegen die Taufung der vorhandenen Ziegentriften mit schönen Namen angenommen. Der Amtsvorsteher ist Vorsitzender des Badecomité's, wo bringt die Badegesellschaft Beschwerden über selbes eventuell an? Mit welchem Recht liegt eine Convuitenliste über Zoppoter Vermiether im Amte aus, und wo die über Miether? Das Wiesenstraßenterrain geht der Versumpfung entgegen, Anträgen auf Entwässerung wird nicht Folge gegeben. Was ist in Folge der Anzeige des Arbeiters B. geschehen, als ihm bekannte hiesige junge Herren in's Fenster schossen? Der Ortsexecutor St. hinterließ nach dreimonatlicher Amtsführung 200 M. Reste an Gemeindesteuer; wer hat die Pflicht der Controle, und wer ersetzt den übrigen Zahlern diesen Schaden? u. s. w. Das sind die Folgen des Eingangs gesagten.

Den vielen Danzigern, welche Sommers unsern Ort bewohnen, dürften diese Notizen interessant sein, unser Localblatt nimmt Artikel über Zoppoter Verhältnisse nur auf, wenn der Einsender sich der Genehmigung durch den hiesigen Amtsvorsteher unterwirft. -s-

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Bremen, 17. Febr. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 12,40, ℘r Februar 12,25, ℘r März 11,90, ℘r April 11,90. Ruhig.

Amsterdam, 17. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ℘r Mai 278. — Roggen ℘r März 174. — Raps ℘r April 382 Fl.

Wien, 17. Febr. (Schlußcourse.) Papierrente 68,60, Silberrente 73,75, 1854r Loose 106,50, Nationalb. 870,00, Nordbahn 1820, Creditactien 177,40, Franzosen 288,00, Galizier 194,25, Kaschau-Oderberger 118,70, Pardubitzer 130,20, Nordwestbahn 148,70, do. Lit. B. 54,00, London 115,10, Hamburg 56,15, Paris 45,65, Frankfurt 56,15, Amsterdam —, Creditloose 164,00, 1860r Loose 111,20, Lomb. Eisenbahn 114,00, 1864r Loose 135,30, Unionbank 74,00, Anglo-Austria 89,90, Napoleons 9,20, Dukaten 5,40, Silbercoupons 103,30, Elisabethbahn 163,20, Ungarische Prämienloose 74,00, Deutsche Reichsbanknoten 56,72½, Türkische Loose 25,00.

London, 17. Februar. [Schluß-Course.] Consols 94⅝. 5 pCt. Italienische Rente 70¾. Lombarden 10. 3 pCt. Lombarden-Prioritäten alte 9⅞. 3 pCt. Lombarden-Prioritäten neue —. 5 pCt. Russen de 1871 98¾. 5 pCt. Russen de 1872 —. Silber 54⅛. Türkische Anleihe de 1865 20⅞. 5 pCt. Türken de 1869 24. 6 pCt. Vereinigte Staaten ℘r 1885 105⅞. 6 pCt. Vereinigte Staaten 5 pCt. fundirte 106⅜. Oesterreichische Silberrente —. Oesterreichische Papierrente —. 6 pCt. ungarische Schatzbonds 92¼. 6 pCt. ungarische Schatzbonds 2. Emission 90¼. Spanier 19⅝. 5 pCt. Peruaner 35. Platzdiscont 3⅝ pCt.

London, 17. Februar. Bankausweis. Totalreserve 11,412,267, Notenumlauf 26,389,540, Baarvorrath 22,801,807, Portefeuille 19,346,807, Guth. der Priv. 18,440,770, Guth. d. Staates 7,928,105, Notenreserve 10,617,180, Regierungssicherheiten 13,885,914 Pfd. St.

Liverpool, 17. Febr. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. — Middling Orleans 6⅝, middling amerikanische 6 5/16, fair Dhollerah 4 5/16, middl. fair Dhollerah 4, good middl. Dhollerah 3¾, middl. Dhollerah 3½, fair Bengal 4, good fair Broach 4¾, new fair Oomra 4 5/16, good fair Oomra 4¾, fair Madras 4 7/16, fair Pernam 7⅛, fair Smyrna 5¾, fair Egyptian 6½. — Matt. — Upland nicht unter low middling Januar-Verschiffung ℘r Segler 6 5/16, Mai-Juni-Lieferung 6⅜ d.

Leith, 16. Febr. Getreidemarkt. [Cochrane Paterson und Co.] Fremde Zufuhren der Woche: Weizen 1091, Gerste 1293 Tons. Mehl 3110 Sack. — In Weizen nur Detailgeschäft zu vollen Mittwochspreisen. Frühjahrsgetreide ruhig, Mehl unverändert.

Paris, 17. Febr. (Schlußbericht.) 3 pCt. Rente 67,85. Anleihe de 1872 105,20. Italienische 5 pCt. Rente 71,20. Ital. Tabaks-Actien 777,00. Italienische Tabaks-Obligationen 497,00. Franzosen 627,50. Lombardische Eisenbahn-Actien 252,50. Lombardische Prioritäten 235,00. Türken de 1865 20,50. Türken de 1869 127,00. Türkenloose 60,00. — Credit mobilier 200. Spanier extér. 19½, do. inter. 17,43. Suezcanal-Actien 776, Banque ottomane 445, Société générale —, Egypter 328. — Fest und belebt.

Paris, 17. Februar. Bankausweis. Baarvorrath 18,470,000 Zunahme, Laufende Rechnungen der Privaten 13,872,000 Zun., Portefeuille der Hauptbank u. d. Filialen 26,974,000 Abnahme, Gesammt-Vorschüsse 261,000 Abn., Notenumlauf 2,882,000 Abn., Guthaben des Staatsschatzes 20,314,000 Fr. Abn.

Paris, 17. Febr. Productenmarkt. Weizen matt, ℘r Februar 26,25, ℘r März 26,75, ℘r April 27,00, ℘r Mai-August 28,00. Mehl ruhig, ℘r Februar 57,00, ℘r März 57,50, ℘r April 57,75, ℘r Mai-August 59,50. Rüböl weich., ℘r Februar 85,50, ℘r April 84,50, ℘r Mai-August 82,25, ℘r September-Dezember 81,00. Spiritus weich., ℘r Februar 45,50, ℘r Mai-August 47,75.

Antwerpen, 17. Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, dänischer 27¾. Roggen behauptet, Petersburg 18. Hafer unverändert. Gerste gefragt. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 31 bez. und Br., ℘r Februar 29¾ bez., 30 Br., ℘r März 27½ bez., 28 Br., ℘r April 28 Br., ℘r September 29½ Br. Weichend.

Newyork, 16. Februar. (Schlußcourse.) Wechsel auf London in Gold 4 D 86 C., Goldagio 13⅝, 5/20 Bonds ℘r 1885 118¼, do. 5 pCt. fundirte 118⅝, 5/20 Bonds ℘r 1887 122½, Eriebahn 17⅜, Central-Pacific 108¾, Newyork Centralbahn 116. Höchste Notirung des Goldagios 13¾, niedrigste 13½. — Waarenbericht.

Baumwolle in Newyork 12⅞, do. in New-Orleans 12¼, Petroleum in Newyork 18¾, do. in Philadelphia 13⅝, Mehl 5 D. 20 C., Rother Frühjahrsweizen 1 D. 38 C., Mais (old mixed) 70 C. Zucker (fair refining Muscovados) 7½, Kaffee (Rio-) 16½, Schmalz (Marke Wilcox) 13⅝ C., Speck (short clear) 12¾ C., Getreidefracht 9¼.

Productenmärkte.

Königsberg, 17. Febr. (v. Portatius & Grothe.) Weizen pr. 1000 Kilo hochbunter 127℔ u. 128/9℔ 195,25, 128℔ 194, 130℔ und 131/2℔ 203,50, 130/1℔ 196,50, 131℔ 193, 200, 131/2℔ 197,75, 204,75, 133℔ 202,25, 134℔ 202,25, russ. 117/8℔ 185 ℳ bez., bunter 128℔ 190,50, 195,75 ℳ bez., rother 127/8℔ 174, 128℔ 183,50, 129℔ 185,75, 190,50, 130℔ 183,50, 188,25 ℳ bez. — Roggen pr. 1000 Kilo inländischer 117/8℔ 128,75, 120/1℔ 132,50, 121/2℔ 133,75, 123℔ 136,25, 124/5℔ 137,50, 125℔ 138,75, 139, 126℔ 140, 127℔ 141,25, 128℔ 142,50 ℳ bez., Frühjahr 1876 138 ℳ Br., 136 ℳ Gd., Mai-Juni 138 ℳ Br., 136 ℳ Gd., Juni-Juli 140 ℳ Br., 138 ℳ Gd. — Gerste pr. 1000 Kilo große 147, 148,50, 150, 155 ℳ bez., kleine 145,75 ℳ bez. — Hafer pr. 1000 Kilo loco 144, 146, 150 ℳ bez. — Erbsen pr. 1000 Kilo weiße 151 ℳ bez., grüne 160 ℳ bez. — Bohnen pr. 1000 Kilo 170, 171 ℳ bez. — Wicken pr. 1000 Kilo 220 ℳ bez. — Leinsaat pr. 1000 Kilo feine 227 ℳ bez. — Spiritus pr. 10 000 Liter ℳ ohne Faß in Posten von 5000 Liter und darüber loco 47 ℳ bez., Februar 46½ ℳ Br., 46¼ ℳ Gd., März 46¾ ℳ Br., 46½ ℳ Gd., Februar-April 47½ ℳ Br., 46½ ℳ Gd., Frühjahr 47½ ℳ bez, Mai-Juni 48 ℳ bez., Juni 49½ ℳ bez., Juli 51 ℳ bez., August 51¾ ℳ bez., September 53 ℳ Br., 52½ ℳ Gd.

Stettin, 17. Februar. Weizen pr. April-Mai 196,00 ℳ, pr. Mai-Juni 199,50 ℳ. — Roggen pr. Februar 142,00 ℳ, pr. April-Mai 143,50 ℳ, pr. Mai-Juni 143,50 ℳ. — Rüböl 100 Kilogr. pr. Februar 64,50 ℳ, pr. April-Mai 64,50 ℳ — Spiritus loco 44,80 ℳ, pr. Februar 45,80 ℳ, pr. April-Mai 46,40 ℳ, pr. Mai-Juni 47,10 ℳ — Rübsen pr. April-Mai 312,00 ℳ — Petroleum loco 14 ℳ bez. und Br., Kleinigkeiten 14,10—14,15 ℳ bez., Regulirungspreis 13,80 ℳ, kurze Lieferung gestern 13,80 ℳ bez, pr. Februar 13 80—13,75 ℳ bez., pr. September-October 11,60 ℳ bez., 11,75 ℳ Br. — Schmalz, Fairbank 60,75—61 ℳ bez., Wilcox 61 bis 61,50 ℳ bez., pr. April-Mai 61,75 ℳ bez. — Hering, Mixed crownbr. 25 ℳ tr. bez.

Breslau, 17. Februar. Kleesamen in sehr fester Haltung, rother gute Kauflust, pr. 50 Kilogr. 52 bis 55—58—63 ℳ, weißer sehr fest, pr. 50 Kilogr. 62—65—72—77 ℳ — Thymothee hoch gehalten, pr. 50 Kilogr. 31—33—35 ℳ — Reygras 15—18 ℳ.

Berlin, 17. Februar. Weizen loco pr. 1000 Kilogramm 175—213 ℳ nach Qualität gefordert, pr. April-Mai 195,00—194,00 ℳ bez., pr. Mai-Juni 199,00—198,00 ℳ bez., pr. Juni-Juli 203,00—202,00 ℳ bez., pr. Juli-August 206,00—205,00 ℳ bez., pr. September-October 207,50—207,00 ℳ bez. — Roggen loco pr. 1000 Kilogr. 146—160 ℳ nach Qualität gefordert, pr. Februar — ℳ bez, pr. Februar-März — ℳ bez., pr. Frühjahr 149,50—149,00—149,50 ℳ bez., pr. Mai-Juni 148,50—148,00—148,50 ℳ bez., pr. Juni-Juli 148,50—148,00 bis 148,50 ℳ bez., pr. Juli-August 148,50—148,00—148,50 ℳ bez. — Gerste loco pr. 1000 Kilogr 132—178 ℳ n Qual. gef. — Hafer loco pr. 1000 Kilogr. 135—180 ℳ nach Qual. gefordert. — Erbsen loco pr. 1000 Kilogr. Kochwaare 172—210 ℳ nach Qual., Futterwaare 165—170 ℳ nach Qual. bez. — Weizenmehl pr. 100 Kilogr. brutto unverst. incl. Sack No. 0 27,00—26,00 ℳ, No. 0 und 1 25,50 bis 24,00 ℳ — Roggenmehl pr. 100 Kilogr. unverst. incl. Sack No. 0 23,50—22,00 ℳ No. 0 u. 1 21,00—19,50 ℳ, pr. Febr. 20,80 ℳ bez., pr. Febr.-März 20,80 ℳ bez., pr. März-April 20,80 ℳ bez., pr. April-Mai 20,90 ℳ bz., pr. Mai-Juni 21,00 ℳ bez., pr. Juni-Juli 21,10—21,05 ℳ bez., pr. Juli-Aug. 21,10—21,05 ℳ bez. — Leinöl pr. 100 Kilogramm ohne Faß 58 ℳ bez. — Rüböl pr. 100 Kilogr. loco ohne Faß 64 ℳ bez., pr. Februar 64,7 ℳ bez., pr. Februar-März 64,7 ℳ bez., pr. April-Mai 64,6—65 ℳ bez., pr. Mai-Juni 65—65,3 ℳ bez., pr. September-October 64,5—64,8 ℳ bez. — Petroleum raff. pr. 100 Kilogr. mit Faß loco 29 ℳ bez., pr. Februar 28 ℳ Br., pr. Februar-März — ℳ bez., pr. September-October 25 ℳ Br. — Spiritus pr. 100 Liter à 100 pCt. = 10,000 pCt. loco ohne Faß 44,7 ℳ bez., mit Faß pr. Februar 45,5—45,4 ℳ bez., pr. Februar-März — ℳ bez., pr. April-Mai 46,9—46,6 ℳ bez., pr. Mai-Juni 47,4—47,1 ℳ bez., pr. Juni-Juli 48,5—48,3 ℳ bez., pr. Juli-August 50—49,7 ℳ bez., pr. August-September 51—50,7 ℳ bez.

Berliner Fondsbörse vom 17. Februar 1876.

Die Stimmung der heutigen Börse zeigte einige Besserung, doch ist die Beständigkeit derselben nicht sicher. Der Cours der Creditactien setzte sogleich mit einer Erhöhung ein und erweiterte die Differenz mit der gestrigen Schlußnotiz dann fortgesetzt. Gegen Ende der Börse trat eine kleine Abschwächung ein, und es konnte sich der höchste Cours nicht behaupten. Die anderen leitenden Speculationsdevisen fanden weniger Beachtung. Oesterreichische Staatsbahn glich die gestrige Reprise leicht aus, Lombarden blieben jedoch stabil. In Oesterreichischen Nebenbahnen war der Verkehr aber ziemlich umfangreich und erfuhren dieselben meistens Erhöhungen. Locale Speculationseffecten betheiligten sich wenig am Verkehr. Disconto-Commandit steigend, Dortmunder belebter, Laura zwar höher, aber fast geschäftslos. Ausländische Staatsanleihen trugen wieder einen sehr festen Charakter und konnten meistens die Course erhöhen. Oesterreichische Renten behauptet, 1860er Loose und Italiener anziehend, auch Türken besser, Amerikaner sehr fest und belebt, Russische Werthe blieben still, aber fest, besonders Lstr.-Anleihen, Russische Prämienanleihe dagegen matter; Preußische und andere Deutsche Staatspapiere ohne Leben und Veränderung. Das Geschäft in Prioritäten blieb im Allgemeinen in engeren Grenzen. Auf dem Eisenbahn-Actienmarkte veränderten sich die Notirungen bei fester Stimmung nur wenig. Bankactien unbelebt. Industriepapiere sehr still. Wechsel ruhig, aber sehr fest, London steigend.

† Zinsen vom Staate garantirt.

Deutsche Fonds

Consolidirte Anl.	4½	105,10
Pr. Staats-Anl.	4½	—
do. do.	4	99,30
Staats-Schuldsch.	3½	93,25
Pr. Präm.-A. 1855	3½	131,50
Landsch. C.-Pfdbr.	4	95,25
Ostpreuß. Pfdbr.	3½	85,30
do. do.	4	95,50
do. do.	4½	102
Pomm. Pfandbr.	3½	84,40
do. do.	4	95
do. do.	4½	102,70
Posensche neue do.	4	95
Westpreuß. Pfdbr.	3½	84
do. do.	4	94,60
do. do.	4½	101,75
do. do.	5	106,50
do. neue	4	96,75
do. do.	4½	102
Pomm. Rentenbr.	4	97,30
Posensche do.	4	97
Preußische do.	4	97
Bad. Präm.-Anl. von 1867 ...	4	123,40
Bayer. Präm.-A.	4	125,40
Braunsch. Pr.-A.	—	83,90
Cöln.-Md. Pr.-S.	3½	109,40
Hmbg. 50rtl. Loose	3	174,10
Lübecker Pr.-Anl	3½	173,25
Oldenburg. Loose	3	137,60

Hypotheken-Pfandbr.

Unk. Pfd. Pr. H.-Bk.	5	99,80
Bod.Crd.Hyp.-Pfd.	5	103,50
Centr. Bd.Cr.-Pfdb.	5	107
do do.	4½	98,50
Kündb. do.	4½	100,20
Danz. Hyp.-Pfdbr	5	100
Goth. Präm.-Pfd.	5	109,25
Pomm. Hyp.-Pfdb. II. u. IV. Em. rkz. 110	5	102
III. Em. rkz. 100	5	100,50
Stett. Nat. Hyp.-B.	5	101

Ausländische Fonds.

Oesterr. Pap.-Rente	4⅕	60,30
do. Silber-Rente	4⅕	64,60
do. Loose 1854	4	106,50
do. Cred.-L. v. 1858	—	338
do. Loose v. 1860	5	113,70
do. Loose v. 1864	—	297,10
Ungar. Eisenb.-An.	5	72,80
Ungarische Loose	5	165
do. Schatzanw. II.	6	91,50
Ruß.-Engl. Anl. 1822	5	100
do. do. Anl. 1859	3	70,25
do. do. Anl. 1862	5	98,20
do. do. von 1870	5	101,50
do. do. von 1871	5	98,40
do. do. von 1873	5	98,40
Ruß. Stiegl. 5. Anl.	5	82
do. Stiegl. 6. Anl.	5	97,40
do. Präm.-A. 1864	5	180
do. do. von 1866	5	179
Ruß. Bod. Crd. Pfd.	5	85,60
Ruß. Central do.	5	89,50
Ruß. Pol. Schatzobl.	4	86,50
Pol. Certifik. Lit. A.	5	—
do. Part.-Oblig.	4	—
do. Pfd. L. Em. S. B	4	—
do. do. do. do.	5	77,40
do. Liquidat.-Br.	4	68,50
Amerik. Anl. p. 1885	6	99,90
do. 5% Anl.	5	102
do. do. p. 1881	6	105,30
Newyork. Stadt-A.	7	103,50
do. Gold-A.	6	101,75
Italienische Rente	5	71,50
do. Tabaks-Act.	6	516
do. Tabaks-Obl.	6	—
Französische Rente	5	—
Raab-Graz.-Pr.A.	4	78,50
Rumänische Anleihe	8	103,90
Türk. Anl. v. 1865	5	—
Türk. 6% Anleihe	6	—
Türk. Eisenb.-Loose	3	42

Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prioritäts-Actien.

		Div. 1874
Aachen-Mastricht	25,20	1
Bergisch-Märk.	81,10	3
Berlin-Anhalt	107	8⅘
Berlin-Dresden	29,25	5
Berlin-Görlitz	34,50	0
do. St.-Pr.	66	5
Berlin-Hamburg	172,40	12⅜
Berlin. Nordbahn	—	0
Berl.-Pts.-Magd.	77,50	1⅔
Berlin-Stettin	127,50	9½
Bresl.Schw.-Frbg.	80,30	7⅖
Köln-Minden	98,10	6⅗
do. Lit B.	96	5
Crf.-Kr.-Kempen	0,60	0
do. St.-Pr.	—	0
Halle-Soran-Gub.	13,50	0
do. St.-Pr.	27	0
Hannover-Altenbek	18,50	0
do. St.-Pr.	34	0
Märkisch-Posen	23,50	0
do. St.-Pr.	66	0
Magdeb.-Halberst.	55,60	3
do. St.-Pr	62,30	3½
do. C.	87,50	5
Magdeb.-Leipzig	203	14
† do. Lit. B.	94,25	4
Münst.-Ensch.St.P.	—	0
Niederschl.-Märk.	98	4
Nordhausen-Erfurt	36	4
do. St.-Pr.	35,50	0
Oberschl. A. u. C.	140	12
do. Lit. B.	130,50	12
Ostpreuß. Südbahn	28	0
do. St.-Pr.	72,50	0
Rechte Oderuferb.	104,60	6½
do. St.-Pr.	108,10	6½
Rheinische	115,30	8
Rhein-Nahe	16,90	0
† Stargard-Posen	101,25	4½
Thüringer	114	7⅘
Tilsit-Insterburg	26,50	0
Weimar-Gera gar.	48,60	2¼
do. St.-Pr.	30	2½
Brest-Grajewo	27	—
Brest-Kiew	52,75	6
Galizier	86,75	8,67
Gotthardbahn	52,70	6
† Kronpr. Rud.-B.	55	5
Lüttich-Limburg	23,60	0
Oester.-Franz. St.	507,50	8
† do. Nordwestb.	246	5
do. B. junge	98,50	5
† Reichenb.-Pardb.	59,70	4⅖
Rumänische Bahn	27,25	—
do. St.-Pr.	83,50	8
† Russis. Staatsb.	103,75	5⅘
Südösterr. Lomb.	199	0
Schweiz. Unionb.	9,10	0
do. Westb.	17,70	0
Warschau-Wien	204,50	—

Ausländische Prioritäts-Obligationen.

Gotthard-Bahn	5	73
†Kaschau-Oderbg.	5	66,60
†Kronpr. Rud.-B.	5	72,70
†Oest.-Fr. Staatsb.	3	321,50
†Südöst. B. Lomb.	3	238
†Südöst. 5% Oblg.	5	81,75
†Oester. Nordwestb.	5	80,70
do. do. B Elbethal	5	65,50
†Ungar. Nordostb.	5	61,30
†Ungar. Ostbahn	5	59,20
Brest-Grajewo	5	79
†Chark.-Azow rtl.	5	96,50
†Kursk-Charkow	5	96,30
†Kursk-Kiew	5	98,10
†Mosco-Rjäsan	5	101
†Mosco-Smolensk	5	97,25
Rybinsk-Bologoye	5	85,10
†Rjäsan-Kozlow	5	99,70
†Warschau-Teresp.	5	95,90

Bank- und Industrieactien.

		D. v. 1874
Berliner Bank	87	0
Berl. Bankverein	77	0
Berl. Cassen-Ver.	182,50	17,7
Berl. Com. (Sec.)	63	2½
Berl. Handels-G.	89	7
Berl. Wechslerbk.	37	6
Bresl. Discontob.	64,50	4
Centralb. f. Banten	20	4
Ctrb. f. Ind. u. Hnd	67,50	4
Danzig. Bankver.	55	0
Danziger Privatb.	113,60	6
Darmst. Bank	111,75	10
Deutsche Genos.B.	90	6
Deutsche Bank	79,75	5
Dtsch. Eff. u. W.	104,75	8½
Deutsche Reichs-Bk.	159,75	—
Deutsche Unionb.	78	0
Disc.-Command.	126,25	12
Gew.-Bk. Schuster	14,50	0
Int. Handelsges.	35	0
Königsb. Ver.-B.	83	5¼
Meining. Creditb.	74,75	4
Norddeutsche Bank	126	6¾
Oest. Credit.-Anst.	313,50	5
Pr. Bodencr.-Bk.	99,50	8
Pr. Cent. Bd.-Cr.	117	9½
Preuß. Crd.-Anst.	50,50	0
Pom. Rittersch.-B.	122	9⅙
Schaffhaus. Bnkv.	72	5½
Schles. Bankverein	82,25	6
Stett. Vereinsbank	83,50	0
Ver.-Bk. Quistorp	9,50	0
Actien d. Colonia	6000	55
Bauverein Passage	24	½
Brl. Centralstraße	37,60	3
Deutsche Bauges.	50,75	0
do. Eisnb.-B.-G.	13	0
do. Reichs-Cont.	70,90	4
Wöseman Bau-G.	35,75	0
A. B. Omnibusg.	75	7
Str.-F. f. Baumat.	18,25	0
C.-A. f. B. u. M.-A.	3,75	0
Nordd. Pap.-Fabr	19	0
Wöhlert Maschinf.	21	5½
Westend-Gesell.	5,25	0
Baltischer Lloyd	37,50	0
Königsbg. Vulkan	—	0
Münnich, Ch. W.	0,30	0
Oberschl. Eisnb.-B.	26,75	2

Berg- u. Hütten-Gesellsch.

		Div. 1874
Dortm. Union Bgb.	9,50	0
Königs- u. Laurah.	58	10
Stolberg, Zink	24,90	1
do. St.-Pr.	85,75	6
Victoria-Hütte	29	3

Wechsel-Cours v. 17. Febr.

Amsterdam	8 Tg.	3	169,30
do.	2 Mn.	3	168,55
London	8 Tg.	4	20,44
do.	3 Mn.	4	20,265
Paris	8 Tg.	4	81,20
Belg. Bankpl	8 Tg.	3	81,15
do.	2 Mn.	3	80,80
Wien	8 Tg.	4½	176,10
do.	2 Mn.	4½	175
Petersburg	3 Wch.	6	263
do	3 Mn.	6	260,90
Warschau	8 Tg.	6	263,50

Sorten.

Louisd'or	—
Dukaten	—
Sovereigns	20,36
20-Francs-St.	16,25
Imperials	—
Dollar	—
Fremde Banknoten	99,83
Oesterreichische Bankn.	176,25
do. Silbergulden	184,25
Russische Banknoten	264,30

Verantwortlicher Redacteur H. Röckner.
Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.